



13. Bericht



**Sachverständigenkommission für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)**

Dezember 2018

Redaktion: Dorothea Blunck
Geschäftsführerin des Landespräventionsrates Hessen,
Hessisches Ministerium der Justiz

Textgestaltung: Petra Hesse
Geschäftsstelle des Landespräventionsrates Hessen,
Hessisches Ministerium der Justiz

Druck: Hausdruckerei, Wiesbaden Januar 2019



Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, Ihnen den aktuellen Geschäftsbericht des Landespräventionsrates Hessen für die Jahre 2017 und 2018 präsentieren zu dürfen. Mit diesem Grußwort verbinde ich nochmals meinen Glückwunsch zum 25-jährigen Bestehen des Hessischen Landespräventionsrates im Oktober 2017, meine Freude über die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre und meinen herzlichen Dank für das herausragende Engagement aller Mitwirkenden.

Kriminalprävention ist für die hessische Landesregierung von besonderer Priorität. So begleiten und unterstützen die verschiedenen Ressorts der Landesregierung, aber auch ich persönlich, die Präventionsarbeit seit längerer Zeit. Der aktuelle Bericht dokumentiert die Arbeitsschwerpunkte des Landespräventionsrates und möchte Sie anregen, hiervon zu profitieren. Der 13. Bericht zeigt deutlich, dass sich die Tätigkeit des Landespräventionsrates ständig ausgeweitet hat und dass die Unterstützung, die der Landespräventionsrat in der kriminalpolitischen Diskussion der letzten Jahre gegeben hat, unverzichtbar geworden ist. Besonders hervorheben möchte ich hierbei die Vielzahl von kriminalpolitischen Empfehlungen und Vorschläge, die durch die Arbeitsgruppen unterbreitet wurden.

Kriminalprävention ist eine bedeutende gesamtgesellschaftliche Aufgabe und eine Haltung, die unser aller Interesse und Aufmerksamkeit verdient. Die Idee der gemeinsamen Verantwortung, der gesamtgesellschaftlichen Anstrengung für mehr Sicherheit sowohl für den Einzelnen als auch für die Gemeinschaft, erfährt von Jahr zu Jahr mehr Zuspruch und Unterstützung.

Nicht ohne Stolz kann ich hervorheben, dass der Landespräventionsrat mit seinen Arbeitsgruppen für aktuelle Themen, die auch die tägliche Presseberichterstattung beherrschen, gewappnet ist. Hierbei ist besonders wichtig, dass der Landespräventionsrat stets den engen Kontakt zu den örtlichen Präventionsgremien sucht, denn ich bin überzeugt, dass Präventionsarbeit lokal und unter Beteiligung der örtlichen Bevölkerung, insbesondere der Vereine, geschehen muss. Denn nur die Bürgerinnen und Bürger wissen, welche Probleme in ihrem Lebensumfeld bestehen, und sind aufgerufen, sich diesen Problemen zu stellen und an deren Lösung mitzuarbeiten.

Ich hoffe, dass die hessische Präventionsarbeit auch in Zukunft so erfolgreich sein wird und ich freue mich sehr, dass im nächsten Jahr der 25. Deutsche Präventionstag erneut in Hessen, am 27. und 28. April 2020 in Kassel, stattfinden wird und hier insbesondere die vielfältigen hessischen Präventionsaktivitäten wahrgenommen und zu den Bürgerinnen und Bürgern meiner Heimatstadt Kassel und Hessens getragen werden können.

Ich wünsche dem Landespräventionsrat und uns allen stets genügend Ideen, Mut und Kraft für das alltägliche Bemühen, unerwünschten Entwicklungen stets ein wenig besser zuvorzukommen.

Ihre

Eva Kühne-Hörmann

Eva Kühne-Hörmann
Hessische Ministerin der Justiz

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A. Landespräventionsrat	5
Liste der Mitglieder der Sachverständigenkommission	5
Bericht	6
1. Unterstützung der örtlichen Präventionsgremien sowie gemeinsame Veranstaltungen.....	6
a) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 2. Mai 2017	7
b) Treffen mit den örtlichen Präventionsgremien am 19. April 2018	8
c) 11. Hessischer Präventionspreis	9
Bewerbungen für den 11. Hessischen Präventionspreis	15
d) Jubiläumsfeier „25 Jahre Landespräventionsrat“ am 26. Oktober 2017	38
2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention	40
3. Beratung der Hessischen Landesregierung	40
4. Botschafter	42
5. Internetauftritt	43
B. Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“	44
Liste der Mitglieder und Bericht	44
C. Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“	47
Liste der Mitglieder und Bericht	47
D. Arbeitsgruppe III „Prävention für ältere Menschen“	49
Liste der Mitglieder und Bericht	49
E. Arbeitsgruppe IV „Jugendkriminalität“	53
Liste der Mitglieder und Bericht	53
F. Arbeitsgruppe V „Ladendiebstahl“	55
G. Arbeitsgruppe VI „Praxisorientierte Erfolgskontrolle“	56
H. Arbeitsgruppe VII „Bekämpfung illegaler Graffiti“	57
I. Arbeitsgruppe VIII	
„Gewalt im öffentlichen Raum bei Schülerinnen und Schülern“	58
Liste der Mitglieder und Bericht	58
J. Arbeitsgruppe IX „Kinderschutz“	61
Liste der Mitglieder und Bericht	61
K. Arbeitsgruppe X „Sport und Prävention“	63
Liste der Mitglieder und Bericht	63
L. Arbeitsgruppe XI „Suchtprävention“	65
Liste der Mitglieder und Bericht	65
M. Arbeitsgruppe XII „Ehrgewalt -	
Prävention von Gewalt in patriarchalischen Strukturen“	67
Liste der Mitglieder und Bericht	67

A.
LANDESPRÄVENTIONSRAT

Liste der Mitglieder der Sachverständigenkommission

Vorsitzender:	Prof. Dr. Dieter Rössner (bis Januar 2018); Prof. Dr. Helmut Fünfsinn (seit Januar 2018)
Stellv. Vorsitzende:	Prof. Dr. Britta Bannenberg Prof. Dr. Dr. Gisela Zenz
Stellv. Vorsitzender und geschäftsf. Vorstand:	Prof. Dr. Helmut Fünfsinn (bis Januar 2018)
Ehrevorsitzender:	Prof. Dr. Dieter Rössner (seit Januar 2018)
Geschäftsführerin:	Daniela Winkler (bis März 2017) Dorothea Blunck (seit April 2017)

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder und Vorsitzenden der Arbeitsgruppen

Bertelsmeier , Petra	Ltd. Oberstaatsanwältin a.D. (seit Februar 2018)
Bernard , Dr. Karl-Heinz	Präsident des AG Frankfurt (bis März 2017)
Brettel , Prof. Dr. Dr. Hauke	Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Brückner , Prof. Dr. Margrit	Frankfurt University of Applied Science
Burghardt , Patrick	Präsident des Hessischen Städtetages, Oberbürgermeister a.D. (bis Januar 2018)
Eisert , Jutta	Katholische Bistümer und Caritasverbände (bis Juni 2017)
Feuchthofen , Jörg E.	Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Gomes , Julius	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen (agah)
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D. (bis März 2017)
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Jäger , Dr. Helga	Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung
Jeck , Dr. Stephan	Hessisches Kultusministerium
Kleinau , Andreas	Direktor der R+V Versicherung a.D.
Kreuzer , Prof. Dr. Arthur	Emeritus Universität Gießen
Liesching , Dr. Patrick	Landesvorsitzender Weißer Ring e.V. (seit Februar 2018)
Lipsch , Andreas	Pfarrer, Interkultureller Beauftragter der EKHN
Mundschenk , Bernhard	Arbeitsgemeinschaft der hess. Handwerkskammern (arge)
Rahn , Kathrin	Polizeipräsidium Südhessen
Reckewell , Kerstin	Ltd. Oberstaatsanwältin, StA Darmstadt
Ristau , Ulrike	Rechtsanwältin
Schelzke , Karl-Christian	Geschäftsführender Direktor, Hessischer Städte- und Gemeindebund
Schmidt , Konstanze	Netzwerk gegen Gewalt
Scholz , Verena	Bischöfliches Ordinariat Mainz (seit Juli 2017)
Schröder , Christina	Industrie- und Handelskammer Wiesbaden
Schröder , Ruth	Hessisches Ministerium der Justiz (bis August 2018)
Schröter , Prof. Dr. Susanne	Universität Frankfurt, FFGI (seit Februar 2018)
Simmel-Joachim , Prof. Dr. Monika	Hochschule RheinMain Wiesbaden
Teuter , Dr. Leo	Rechtsanwalt, Landessportbund Hessen e.V.
Thurau , Sabine	Präsidentin des Hessischen Landeskriminalamtes
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Landessportbund Hessen
Ullmann , Roland	Präsident des Polizeipräsidiums Südosthessen
Walter , Nina	Landesärztekammer Hessen
Wingenfeld , Dr. Heiko	Oberbürgermeister der Stadt Fulda (ab Juli 2018)
Winkler , Daniela	Ltd. Oberstaatsanwältin, GStA Frankfurt, (ab April 2017)
Zinke , Susanne	Jugendamt/Präventionsrat Kassel

Die Sachverständigenkommission hat im Berichtszeitraum ihre Bemühungen, die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weiter zu verbreiten und umzusetzen, kontinuierlich in fünf Richtungen fortgesetzt:

1. Unterstützung der örtlichen Präventionsgremien sowie gemeinsame Veranstaltungen

In erster Linie wurden weiterhin die lokalen Präventionsräte unterstützt. Die Arbeitsgruppen suchten immer wieder den Kontakt zu örtlichen Präventionsgremien und machten sich entweder ein Bild vor Ort (z.B. Stadterkundungsprojekt der AG I, Ziffer B, S. 44) oder ließen sich im Rahmen der Sitzungen von örtlichen Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern über deren Arbeit informieren. Die jährlichen Treffen mit den kommunalen Präventionsgremien haben sich als feste Organisationsform etabliert.

Insgesamt hat sich damit die Erkenntnis durchgesetzt, dass sich Präventionspolitik in erster Linie an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort zu orientieren hat und damit grundsätzlich gemeindenah, lokal, dezentral und unter Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere der Vereine, sowie unter Mobilisierung und Integration der behördlichen Kräfte geschehen muss.

Der Vorsitzende des Landespräventionsrates Prof. Dr. Helmut Fünfsinn und die Geschäftsführerin Dorothea Blunck würdigten in mehreren Veranstaltungen die hervorragende lokale Präventionsarbeit: Am 26. Oktober 2017 feierte der Verein für Kriminalprävention Gießen e.V. sein 25-jähriges Jubiläum im Hermann-Levi-Saal des Rathauses in Gießen. In seinem Grußwort hob der Vorsitzende des Landespräventionsrates die besondere Vorreiterrolle dieses Gremiums hervor, welches sich als eines der ersten hessischen fast zeitgleich mit dem Hessischen Landespräventionsrat gegründet hatte. Am 14. November 2017 feierte auch der Kommunale Präventionsrat in Darmstadt im Rahmen seiner jährlichen Präventionskonferenz sein 25-jähriges Bestehen. Die Geschäftsführerin des Landespräventionsrates würdigte in ihrem Statement zum Konferenzthema „Prävention – zwischen Idealismus und Ökonomie“ dessen herausragende Arbeit. Am 6. November 2013 dankte sie in Ihrem Grußwort dem Schultheater-Studio Frankfurt anlässlich der Feierstunde zum 20-jährigen Jubiläum für die wertvolle und wichtige theaterpädagogische Präventionsarbeit der vergangenen Jahre sowie am 13. November 2018 dem Präventionsrat Hofheim für sein herausragendes präventives Wirken in den letzten 20 Jahren.

Am 28. August 2018 war der Landespräventionsrat darüber hinaus mit einem Stand auf dem Präventionstag des Lahn-Dill-Kreises in Wetzlar präsent. Der „Markt der Möglichkeiten“ im „Haus der Prävention“ wurde durch den Vorsitzenden des Landespräventionsrates Prof. Dr. Helmut Fünfsinn mit einer Begrüßungsansprache, in der er die Bedeutung der kommunalen Präventionsarbeit unterstrich, eröffnet.

Der Hessische Präventionspreis konnte - nachdem die Sparda-Bank Hessen eG die Stiftung des Preises dankenswerterweise ein weiteres Mal übernommen hat - zum elften Mal vergeben werden. Die Preisverleihung fand am 19. September 2018 in Wiesbaden statt. 23 Projekte beteiligten sich an der Ausschreibung.

Zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit sind im Einzelnen folgende Veranstaltungen durchgeführt worden:



SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION
FÜR KRIMINALPRÄVENTION
DER HESSISCHEN
LANDESREGIERUNG
(LANDESPRÄVENTIONSRAT)



WISSENSCHAFTSSTADT
DARMSTADT

a) Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 2. Mai 2017 in Darmstadt

PROGRAMM

- 10.00 Uhr Eröffnung **Herr Oberbürgermeister Partsch** und **Herr Polizeipräsident Lammel**
Grußwort **Herr Staatssekretär Metz**
Grußwort **Herr Prof. Dr. Rössner** (Vorsitzender Landespräventionsrat)
- 11.00 Uhr kurze Kaffeepause
- 11.15 Uhr Vorstellung 25 Jahre kommunaler Präventionsarbeit in der Wissenschaftsstadt Darmstadt unter dem Motto

„Wer nicht vom Weg abkommt, bleibt auf der Strecke - Notwendige Entwicklungen der kommunalen Prävention“
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 13.30 Uhr Gesprächskreise zu den Themen Flüchtlinge und Gewalt im Namen der Ehre

1. Gesprächskreis
„Präventive Arbeit zur Integration von Flüchtlingen“
Leitung: **Herr Prof. Dr. Fünfsinn** (Geschäftsführender Vorstand des Landespräventionsrates)
- 2. Gesprächskreis**
„Gewalt im Namen der Ehre - Handlungsoptionen zu Prävention und Intervention“
Leitung: **Frau Schonhart** (Landeskoordinierungsstelle Häusliche Gewalt)
- 15.30 Uhr Ende der Veranstaltung



SACHVERSTÄNDIGENKOMMISSION
FÜR KRIMINALPRÄVENTION
DER HESSISCHEN
LANDESREGIERUNG
(LANDESPRÄVENTIONSRAT)



Arbeitsgemeinschaft der
Hessischen Handwerkskammern

b) Treffen der örtlichen Präventionsgremien und des Landespräventionsrates am 19. April 2018 in Wiesbaden

- Integration von geflüchteten Menschen - Extremismus vorbeugen -

PROGRAMM

- 10.00 Uhr** Ankommen und Anmeldung
- 10.15 Uhr** Eröffnung durch **Herrn Bernhard Mundschenk** (Geschäftsführer der Handwerkskammer Wiesbaden und der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Handwerkskammern)
- Grußwort von **Frau Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann** (Hessisches Ministerium der Justiz)
- Grußwort von **Herrn Prof. Dr. Helmut Fünfsinn** (Vorsitzender des Landespräventionsrates Hessen)
- 11.00 Uhr** Vortrag: **„Das Handwerk – die Wirtschaftsmacht von nebenan“**
Die Bedeutung des heimischen Handwerks für Wirtschaft und Gesellschaft
Herr **Bernhard Mundschenk** (Handwerkskammer Wiesbaden)
- im Anschluss offene Diskussion
- 12.00 Uhr** Besichtigung des Berufsbildungs- und Technologiezentrums Wiesbaden II „Robert-Werner-Haus“
„Handwerk heute“
- 13.00 Uhr** Mittagspause
- 14.00 Uhr** Vortrag: **„Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus in Hessen“**
Herr **Dr. Klaus Bott** (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport)
- Vorstellung des Demokratiezentrum im Beratungsnetzwerk Hessen
Herr **Dr. Reiner Becker** (Philipps-Universität Marburg)
- Vorstellung der Beratungsstelle Hessen – Religiöse Toleranz statt Extremismus
Herr **Cuma Ülger** (Violence Prevention Network)
- im Anschluss offene Diskussion
- 15.30 Uhr** Ende der Veranstaltung

c) Vergabe des 11. Hessischen Präventionspreises am 19. September 2018 in Wiesbaden, ausgerichtet in Zusammenarbeit mit der Sparda-Bank Hessen eG

AUSSCHREIBUNG:

**Vergabe
des 11. Hessischen Präventionspreises**

Die Sparda-Bank Hessen eG hat zur Förderung der lokalen Präventionsarbeit einen Preis in Höhe von 6.000 Euro gestiftet und damit ermöglicht, dass im Herbst 2018 der 11. Hessische Präventionspreis vergeben werden kann.

Ziel des Wettbewerbs

Mit diesem Preis sollen kriminalpräventive Projekte in Hessen unterstützt werden, die Vorbildfunktion besitzen und von Präventionsgremien zur Problembewältigung übernommen werden können. Aus diesem Grunde sollten sich die Projekte im Durchführungsstadium befinden, so dass neben der Beschreibung der zugrunde liegenden Konzeption auch schon auf Erfahrungen und Ergebnisse verwiesen werden kann.

Wer kann sich bewerben?

Eingeladen sind alle Institutionen, die präventive Projekte in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein innovativ umsetzen. Zielgruppen können beispielsweise sein:

- Kinder, Jugendliche, Erwachsene
- Multiplikatoren, wie z.B. Erzieher/innen, Lehrkräfte, Jugendleiter/innen
- Kommunen, die die Umsetzung der Maßnahmen vor Ort unterstützen
- Familienbildungsstätten
- Institutionen und Betriebe

In der Prävention wird mit unterschiedlichen Methoden gearbeitet, d.h. die Beiträge können auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen:

- Reduzierung von Risikofaktoren
- Lebenskompetenzförderung, Stärkung der protektiven Faktoren
- Fort- und Weiterbildung von Multiplikatoren
- Vernetzung und Kooperation der Institutionen, um konkrete Maßnahmen umzusetzen
- Informationsvermittlung
- Öffentlichkeitsarbeit
-

Bewertungskriterien für die Wettbewerbsbeiträge

Da kaum alle Zielgruppen und Multiplikatoren im Arbeitsfeld der Prävention erreicht werden können, hat die Initiierung von Modellprojekten, die exemplarisch und kreativ die vielfältigen Möglichkeiten von Prävention zur Nachahmung aufzeigen, Vorrang. Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention mit umfassender Zielsetzung ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Es soll daher versucht werden, verstärkt Kooperationsmodelle in den Handlungsfeldern Familie, Kindertagesstätte, Schule, Betrieb, Kommune, Jugendarbeit und Verein trägerübergreifend anzuregen.

Kein Muss – aber erwünscht: Evaluierte Wettbewerbsbeiträge

Besonderes Interesse finden präventive Maßnahmen und Projekte, die

- eine Evaluation durchführen, mit Bestandsaufnahme und detaillierter Zielbestimmung zur Überprüfung der Maßnahme und deren Ziel (Wirksamkeit)
- innovativ und kreativ neue Wege beschreiten

Wer beurteilt die eingereichten Beiträge?

Eine Kommission, die sich aus Mitarbeitern der Sparda-Bank Hessen eG und dem Arbeitsausschuss der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention zusammensetzt, wird über die Vergabe des Präventionspreises entscheiden.

Dieser Wettbewerb kennt keine Verlierer! Denn alle Teilnehmer/innen gewinnen schon dadurch, dass ihre Projekte der Öffentlichkeit vorgestellt werden und sie zum Erfahrungsaustausch beitragen.

Prämierung

Die Preisverleihung mit Vorstellung der besten Projekte findet am 19. September 2018 statt. Über die Verteilung des Preisgeldes entscheidet die Jury; es muss der kriminalpräventiven Arbeit vor Ort zugute kommen. Alle prämierten Maßnahmen erhalten eine Urkunde.

Bewerbung

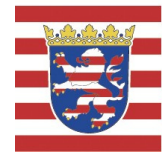
Zur Anmeldung ist ein Bewerbungsbogen vorgesehen, der Ihnen ausreichend Raum gibt, Ihren Beitrag vorzustellen. Zudem enthält er Fragen, die für die Bewertung der Wettbewerbsbeiträge von Bedeutung sind. Senden Sie Ihren Beitrag per Post oder Mail an die

Geschäftsstelle des Landespräventionsrates	Telefon: (0611) 32-2709
Luisenstraße 13	Telefax: (0611) 32-2619
65185 Wiesbaden	e-mail: landespraeventionsrat@hmdj.hessen.de

Bewerbungsschluss ist der 1. Juni 2018

Viel Erfolg!

Der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen e.V. (HLS), der Barmer GEK und dem Hessischen Sozialministerium ist für die Kooperation bei der Erstellung des Bewerbungsbogens, der an den hessenweiten Wettbewerb „Suchtprävention - Der Impuls“ angelehnt ist, zu danken.



Vergabe des 11. Hessischen Präventionspreises

am 19. September 2018 um 14.00 Uhr im Historischen Saal des
Hessischen Ministeriums der Justiz

Begrüßung mit Gesang:

Gallitheater Wiesbaden / Berlin

Grußworte:

Thomas Metz

Staatssekretär

Markus Müller

Vorstandsvorsitzender der Sparda-Bank Hessen eG

Prof. Dr. Helmut Fünfsinn

Vorsitzender des Landespräventionsrates

Theaterszene:

Gallitheater Wiesbaden / Berlin

Vorstellung der Preisträger:

1. **Anerkennungspreis** für die Kampagne „Sicher im Alter?!“

Laudatio: **Prof. Dr. Helmut Fünfsinn**, Vorsitzender des Landespräventionsrates

2. **3. Preis**

„Konfliktlöser*innen“ - Creative Change e.V.

„Willkommenstage in der frühen Elternzeit“ - Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt

Laudatio: **Dorothea Blunck**, Geschäftsführerin des Landespräventionsrates

2. **2. Preis**

„Prävention von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre“ - Caritasverband
Frankfurt e.V., Jugendmigrationsdienst

„Ehrenamtliche Vormundschaft“ - Deutscher Kinderschutzbund Frankfurt

Laudatio: **Prof. Dr. Susanne Schröter**, Direktorin des Frankfurter Forschungszentrums
Globaler Islam, Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Ehrgewalt – Prävention von
Gewalt in patriarchalischen Strukturen“

Prof. Dr. Dr. h.c. Gisela Zenz, Universität Frankfurt, stellvertretende
Vorsitzende des Landespräventionsrates

3. **1. Preis**

Fahrradwerkstatt Wolfhagen, Städtische Jugendarbeit Wolfhagen

Laudatio: **Prof. Dr. Helmut Fünfsinn**, Vorsitzender des Landespräventionsrates

Abschluss mit Gesang:

Gallitheater Wiesbaden / Berlin

Moderation:

Dorothea Blunck

Geschäftsführerin des Landespräventionsrates

Wir danken dem Galli Theater für die freundliche Unterstützung.



1. Preis: Städtische Jugendarbeit Wolfhagen



2. Preis: Deutscher Kinderschutzbund Frankfurt am Main



2. Preis: Caritasverband Frankfurt e.V., Jugendmigrationsdienst



3. Preis: Creative Change e.V., Offenbach



3. Preis: Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main



Anerkennung: Wiesbadener Gesellschaft Bürger und Polizei e.V.

1) **Caritasverband Frankfurt e.V., Jugendmigrationsdienst**

Adresse: Frau Piret Jürgenson • Rüsterstraße 5 • 60325 Frankfurt am Main
☎ (069) 17002412 📠 (069) 17002424
✉ piret.juergenson@caritas-frankfurt.de
🌐 www.caritas-frankfurt.de

Titel: Prävention von Zwangsverheiratung und Gewalt im Namen der Ehre

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt wird seit Dezember 2013 durch Mitarbeitende des Jugendmigrationsdienstes des Caritasverbandes Frankfurt e.V. durchgeführt, die durch eine ehrenamtliche Mitarbeiterin (Beauftragte für den interreligiösen Dialog der Frauenorganisation des Moscheevereins Ahmadiyya Muslim Jamaat e.V.) unterstützt werden. Finanziell stehen Mittel für 6 Workshops aus dem Fonds „Partnerschaft mit Flüchtlingen für eine Willkommenskultur im Bistum Limburg“ zur Verfügung. Der Jugendmigrationsdienst hat die Verantwortung für die Workshops und übernimmt eine federführende Rolle bei der Konzepterstellung, Vor- und Nachbereitung sowie bei der Durchführung der Veranstaltungen. Das Ziel der Workshops ist, die 13 bis 18-jährigen Schülerinnen und Schüler über Zwangsverheiratung und ehrbezogene Gewalt aufzuklären, sie zu sensibilisieren und ihnen Lösungswege bei einer geplanten Zwangsverheiratung aufzuzeigen. Dabei wird die gesetzliche Lage in Deutschland ausführlich erläutert. Ein weiteres Ziel ist es, ein Umdenken und Veränderungsprozesse in Gang zu setzen, um der Unterdrückung von Frauen und Männern in patriarchalen Strukturen argumentativ etwas entgegenzusetzen und den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, traditionell vorgegebene Geschlechterrollen in Frage zu stellen. Bei den Kindern und Jugendlichen soll eine Haltung des „Nicht-weg-Schauens“ entwickelt werden. Ziel ist es, bei den jungen Menschen Vertrauen zu schaffen, dass Hilfe tatsächlich möglich ist. Methodisch besteht der 4-stündige Workshop aus einer Mischung von Vortrag und Gruppenübungen mit dem Angebot von Rollenspielen. Die Gruppenaufgaben werden sowohl in gemischten als auch in nach Geschlechtern getrennten Gruppen durchgeführt und die Ergebnisse anschließend in der Großgruppe zusammengetragen. Einen großen und wichtigen Teil macht die Reflektion der eigenen Erfahrungen der Teilnehmenden aus. Eine vorhergehende Besprechung und eine Nachbereitung mit den beteiligten Lehrkräften und Sozialpädagoginnen und -pädagogen ist vorgesehen. Ein Plakat mit Kontaktdaten der themenbezogenen Fachberatungsstellen wird in der Schule oder im Klassenraum aufgehängt.

Ergebnis

Die Zielgruppe sind Schülerinnen und Schüler ab der 8. Klasse. Sie sind in dem Alter, in dem ihre Altersgenossinnen und Altersgenossen mancher Kulturen zwangsverheiratet werden und können sich so gut in die Rolle der Betroffenen hineinversetzen. Durchgeführt wurden die Workshops bisher an Schulen der Stadt Frankfurt. Es können in einer Veranstaltung ca. 25 Schülerinnen und Schüler direkt und deren Angehörige sowie Freundinnen und Freunde mittelbar erreicht werden. Im Rahmen der Auswertungsrunden der Workshops wurde deutlich, dass beinahe alle Schülerinnen und Schüler von den Informationen profitierten und sich in ihrer Handlungskompetenz gefestigt fühlen. Die Jugendlichen nehmen in den Workshops die Gelegenheit wahr, ihre eigenen Rollenvorstellungen sowie ihr Verhalten zu reflektieren. Themenbereiche wie Familie, Geschlechterrollen, Partnerwahl, Liebe, Freundschaft und Religion sind in der Arbeit mit den jungen Menschen tagtäglich präsent. Grundlegende Kenntnisse der Problematik und ein sensibler Umgang mit möglicherweise Betroffenen bewirken erfahrungsgemäß konstruktive Veränderungen.

Das Projekt wurde mit dem 2. Preis ausgezeichnet.

2) **Creative Change e.V., Offenbach am Main**

Adresse: Herr Pedram Alexander Aghdassi • Andréstr. 51 A • 63067 Offenbach am Main
☎ (069) 80905730 ✉ info@cc-ev.de
🌐 cc-ev.de

Titel: Die Konfliktlöser*innen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Lehrkräfte an Schulen sind häufig mit der Bearbeitung der brisanten Themen Rassismus (auch unter den verschiedenen Kulturen und Religionen) und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konfrontiert. Der Bedarf an künstlerisch-pädagogischen Konzepten zur Entkräftung von Rechts-Extremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit hat sich stetig erhöht. Das Hauptziel des Modellprojekts ist es, Schülerinnen und Schüler zu Mediatorinnen und Mediatoren auszubilden, um diese für das Themenfeld „politischer und religiös motivierter Extremismus“ zu sensibilisieren und diesem geschult entgegenzuwirken. Mit dem sogenannten Peer-Education-Ansatz sollen junge Menschen befähigt werden, Auseinandersetzungen, Problemsituationen und Konflikten deeskalierend zu begegnen. Im Projekt „Die Konfliktlöser*innen“ erlernen die Jugendlichen eine anwendbare Methodik, um relevante Themen wie Gleichberechtigung, Toleranz, Einheit und Vielfalt altersgemäß, interessant für andere Kinder und Jugendliche und motivierend anzusprechen. Die Strategie der Peer-Education eignet sich hierfür wegen des Multiplikator-Effekts besonders. Das durch Creative Change angebotene Modellprojekt basiert ebenso auf einem interaktiven Theater, in welchem Problemsituationen in Form von Rollenspielen dargestellt und gemeinsam konstruktive Lösungsansätze erarbeitet werden. In Workshops und Kleingruppen werden Themen wie "Demokratie" und "Extremismus" weiter vertieft. Das mittelfristige Ziel des Modellprojekts ist es, Mediatorinnen und Mediatoren an den jeweiligen Schulen dauerhaft zu etablieren, um den mit der Arbeit des Modellprojekts angestoßenen Prozess weiterzuführen. Die erlernten Techniken werden von den künftigen Konfliktlöserinnen und Konfliktlösern am eigens eingeführten „Anti-Rassismus-Tag“ der jeweiligen Schulen umgesetzt, indem sie mit ihren jüngeren Schülerinnen und Schülern relevante Themen unter anderem in interaktiven Theaterszenen spielerisch bearbeiten und gemeinsam Lösungen für Konflikte suchen. Die Schulung beginnt mit einer fünftägigen Intensivausbildung. Im Anschluss werden die ausgebildeten Gruppen über zwei Jahre begleitet. Die Begleitung findet in Absprache mit der Schule als wöchentliches Wahlpflichtfach oder als Nachmittags-AG statt. Für das Modellprojekt konzentriert sich Creative Change auf Schulen in der Stadt und dem Kreis Offenbach, Frankfurt am Main, Wiesbaden, im Landkreis Limburg/Weilburg und der Wetterau. Die Kooperationspartner wie Pro Prävention, Bildungsstätte Anne Frank, AWO Kreis Offenbach, Beratungsnetzwerk Hessen, stehen Creative Change e.V. beratend zur Seite.

Ergebnis

Die ersten 20 Schülerinnen und Schüler der Heinrich-Heine-Schule in Dreieich haben die intensive Mediatorenausbildung bereits absolviert und unmittelbar danach ein kleines Projekt mit jüngeren Mitschülerinnen und Mitschülern durchgeführt. Sowohl bei den älteren Schülerinnen und Schülern, als auch bei den jüngeren gab es positive Reaktionen. So zeigte sich bei den älteren ein zunehmendes Bewusstsein über die eigene Rolle als Vorbild. Durch den geringen Altersunterschied der Workshopleitenden und Teilnehmenden zeigte sich ein leichter Zugang der teilnehmenden 6. Klassen zu dem Thema Antisemitismus. Zum Abschluss des Schuljahres werden die ausgebildeten Schülerinnen und Schüler mit einer Urkunde ausgezeichnet. Im nächsten Jahr wird das Projekt als monatliche AG weitergeführt. Sieben weitere Schulen sind bis jetzt Teilnehmer des Programms.

Das Projekt wurde mit dem 3. Preis ausgezeichnet.

3) **Deutscher Kinderschutzbund, Bezirksverband Frankfurt am Main**

Adresse: Frau Anja Sommer • Comeniusstraße 37 • 60389 Frankfurt am Main
☎ (069) 780535 / (0160) 4768032 📠 (069) 97090130
✉ vormundschaft@kinderschutzbund-frankfurt.de
🌐 www.kinderschutzbund-frankfurt.de

Titel: Ehrenamtliche Vormundschaft

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Seit 2013 sucht, schult und begleitet der Frankfurter Kinderschutzbund ehrenamtliche Vormünder für Frankfurter Kinder und Jugendliche. Wenn Eltern das Sorgerecht verlieren, brauchen Kinder und Jugendliche einen gesetzlichen Vertreter (Vormund), der sich in besonderem Maße für sie einsetzt, sich Zeit nimmt und sie als konstante Bezugsperson persönlich begleitet. Durch ein ehrenamtliches Engagement wird der persönliche Kontakt zwischen Vormund und Mündel in besonderer Weise gefördert.

Waren die ehrenamtlichen Vormünder zunächst vor allem für Kinder da, bei denen der Schutz durch die Familie nicht ausreichend sichergestellt werden konnte, wurde seit 2015 diese Aufgabe auf die Gruppe der unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) ausgeweitet. Gerade umA profitieren besonders stark von der Unterstützung durch einen ehrenamtlichen Einzelvormund, da sie in der Regel in Deutschland niemanden kennen und keine kontinuierlichen Bezugspersonen haben. Mit ihrem Einsatz fördern ehrenamtliche Vormünder maßgeblich den Integrationsprozess und ermöglichen so jungen Geflüchteten eine bestmögliche Chance auf eine positive Entwicklung und Zukunft.

Ergebnis

Ziel der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft ist es, durch die enge 1:1 Beziehung einen bestmöglichen Schutz und die größtmögliche Förderung der Kinder und Jugendlichen zu erreichen. Durch das intensive Engagement der Ehrenamtlichen und die breitgefächerten Angebote des Deutschen Kinderschutzbundes sind hierfür sehr gute Voraussetzungen geschaffen worden. Rückmeldungen sowohl der Vormünder als auch der Unterbringungseinrichtungen und der Amtsvormundschaft bestätigen, dass der allergrößte Teil der Mündel von dem Angebot profitiert. Besonders die umA nutzen die Chancen, die sich für sie durch die ehrenamtliche Vormundschaft bieten. Ihre Integration in die Frankfurter Stadtgesellschaft wird durch die Vormünder, mit ihren persönlichen Ressourcen und Netzwerken, nachweislich stark befördert. Es wurden bisher 110 Personen unmittelbar geschult, 72 davon konnten bereits mehrfach vermittelt werden. Insgesamt konnten so bis Mai 2018 102 Mündel vermittelt werden. Von diesen sind mittlerweile 35 % über 18 Jahre alt. Ein Großteil steht aber nach wie vor in engem Kontakt zu den ehemaligen Vormündern. Eine Evaluation erfolgte intern, in dem die Vormünder in Kleingruppen regelmäßig befragt wurden und die Schulungen selbst sach- und fachgerecht bewertet wurden. Darüber hinaus wurde das Projekt im Rahmen einer Masterarbeit für die Frankfurt University of Applied Sciences evaluiert.

Das Projekt wurde mit dem 2. Preis ausgezeichnet.

4) **Förderverein KIKS UP e.V., Bad Nauheim**

Adresse: Frau Claudia Rochell • Am Goldstein 9 • 61231 Bad Nauheim
☎ (06032) 925504-0 📠 (06032) 925504-9 ✉ info@kiksup.de
🌐 www.kiksup.de; www.klasse-klasse.com

Titel: [KLASSE KLASSE, Das ganzheitliche Präventionsspiel für die Grundschule](#)

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Für die Grundschule hat der Verein KIKS UP das einzigartige Präventionsspiel KLASSE KLASSE entwickelt, das es ermöglicht, Prävention spielerisch in den Unterricht einzubinden. Die Themen Psychosoziale Gesundheit, Ernährungsbildung und Bewegung sind in einem Spiel vereint. Der Grundgedanke besteht darin, ganzheitliche Prävention in spielerischer Form im schulischen Rahmen umzusetzen und auf das Verhalten von Kindern, Lehrkräften und Eltern zu wirken. Die zu erreichenden Kompetenzen bzw. Inhalte wurden hierbei in die drei Bereiche Sucht- und Gewaltprävention (= Kriminalprävention), Bewegungsförderung und Ernährungsbildung unterteilt. Das Konzept sieht vor, dass sowohl die Kinder und Eltern als auch die Lehrkräfte in das präventive Handeln miteinbezogen werden. Lehrkraft und Schüler/-in spielen gemeinsam täglich über 4 Grundschuljahre an einem magnetischen Spielbrett im Klassenzimmer Einheiten zu verschiedensten Themen. Die Auswahl der Themen obliegt der Lehrkraft, da diese ihre Klasse am besten kennt und weiß, zu welchem Zeitpunkt welche Lerneinheit notwendig bzw. unterstützend ist. Dabei kann die Lehrkraft auf fast 20 Themen von „Klassengemeinschaft stärken“, „Konflikte lösen lernen“, „Regeln etablieren“ bis hin zu „Werbung verstehen“ zurückgreifen. Für jedes Thema gibt es ein Lehrerarbeitsheft bestehend aus theoretischem Hintergrund und unterrichtlicher Vorbereitung sowie so genannte Themenkarten, die die jeweiligen Themen an die Schülerinnen und Schüler adressieren. Um Eltern einzubinden und zu sensibilisieren wurde für alle thematischen Bausteine eine kurze Elterninformation erarbeitet. Auf den Spielkarten zu den verschiedenen Themen werden die Kinder direkt angesprochen, wodurch die Spiele, Gesprächskreise oder Übungen noch stärker zur Aufgabe der Klasse werden. Dieses Vorgehen hilft den Kindern, ihre Lösungskompetenzen zu stärken und die Verantwortung für klassenrelevante Themen zu übernehmen. KLASSE KLASSE ist so konzipiert, dass bewährte Ideen und Methoden der Lehrkräfte leicht in das Spiel zu integrieren sind. Die Lehrkraft wählt die für ihre Klasse passenden Bewegungs- und Ereigniskartensätze. Gemeinsam mit der Klasse werden Belohnungsfelder besprochen und eingesetzt. Die Belohnungsfelder dienen im Spiel als Motor, denn die selbst gewählten Belohnungen wie Hausaufgabenfrei, gemeinsames Frühstück, zusätzliche Sportstunde o.ä. bieten den Kindern einen hohen Anreiz, ihre Spielfigur über den Spielplan zu ziehen. Eine zweitägige Fortbildung bereitet die Lehrkräfte auf die Umsetzung von KLASSE KLASSE im Unterricht vor.

Ergebnis

Die Praxiserfahrungen belegen, dass die Kinder sich mit viel Spaß und einer hohen Eigenmotivation auch mit schwierigen Themen auseinandersetzen, die Klassengemeinschaft gestärkt wird und ein angenehmes Lernklima entsteht. Kinder werden zu starken, selbstbewussten, sozial und emotional kompetenten Persönlichkeiten. Sie lernen mit Konflikten gewaltfrei umzugehen, Probleme konstruktiv zu lösen und zu verantwortungsbewussten Menschen in unserer Gesellschaft zu werden. KLASSE KLASSE als Teil des KIKS UP Projekts ist eines der erfolgreichsten Präventionsprogramme in Deutschland und wurde bereits mehrfach ausgezeichnet. Das Präventionsspiel KLASSE KLASSE an Grundschulen wurde durch Prof. Dr. Ludwig Stecher vom Institut für empirische Bildung der Justus-Liebig-Universität in Gießen evaluiert. Der Blick auf die Ergebnisse der qualitativen Teilstudie zeigt ein durchgehend positives Bild in der Umsetzung des Präventionsspiels im Unterrichtsalltag, den Effekten der Schülerinnen und Schüler sowie auf die hochqualifizierte Fortbildung durch KIKS UP. Das Projekt läuft bereits seit Ende 2015 und hat bereits 5.950 Schülerinnen und Schüler in Hessen und 2.225 in Rheinland Pfalz und Sachsen direkt erreicht.

5) **Förderverein „KOMPASS“ Seligenstadt e.V.**

Adresse: Herr Franz-Werner Müller • Finkenweg 9b • 63500 Seligenstadt
☎ (06182) 200306 ✉ kern-mueller-und-mueller@t-online.de

Titel: Mut zur Erziehung in Kindertagesstätten, Schulen und Familien

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

„KOMPASS“ ist ein 1993 in Seligenstadt aufgebautes soziales Netzwerk von Kindertagesstätten, Schulen und sozialen Diensten, das sich der Gewalt - und Suchtprävention widmet. Vor diesem Hintergrund verständigten sich Kindertagesstätten, Schulen und die Erziehungsberatungsstelle in Seligenstadt auf Grundwerte in der Erziehung, die aus dem Grundgesetz abgeleitet werden und entwickelten daraus Leitlinien und Methoden in der Erziehung. Die Arbeitsergebnisse veröffentlichten sie in der Broschüre „Mut zur Erziehung“, die als Gesprächsgrundlage für Elternabende genutzt werden soll mit dem Ziel, zu informieren und einen Dialogprozess in Gang zu setzen. 2015 setzte sich das soziale Netzwerk das weitere Ziel, Flüchtlingsfamilien und Familien, die aus dem Ausland nach Seligenstadt zugezogen sind, in das Gemeinwesen zu integrieren.

Ergebnis

Die Broschüre „Mut zur Erziehung in Kindertagesstätte, Schule und Familie“ wurde überarbeitet und inzwischen in sieben Sprachen übersetzt, wobei auf der einen Seite der Text in deutscher Sprache und auf der anderen Seite in übersetzter Form steht. Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrkräfte werden geschult, die in der Broschüre beschriebenen Methoden im Alltag einzusetzen. Auf diese Weise konnten seit 1993 ca. 4.500 deutsche Familien und seit 2015 ca. 350 ausländische Familien erreicht werden und ihnen die Grundwerte, auf denen Erziehung in Deutschland beruht und welche Leitlinien und Methoden in der Erziehung sich daraus ableiten, vermittelt werden. Positiv hervorzuheben ist, dass die Arbeit bereits in den Kindertagesstätten beginnt und in allen Grundschulen sowie in den weiterführenden Schulen (Haupt- und Realschule; Gymnasium) fortgesetzt wird. Das Ziel, Eltern Mut zu machen und Orientierung zu geben und damit Gewalt vorzubeugen, konnte bei deutschen Familien weitgehend erreicht werden. Bei Geflüchteten und Familien, die aus dem Ausland migriert sind, konnten ebenfalls bereits große Fortschritte verzeichnen werden.

6) **Frauennotruf Marburg e.V.**

Adresse: Frau Anna Shkolnykova • Neue Kasseler Straße 1 • 35039 Marburg
☎ (06421) 21438 📠 (06421) 9836238 📧 Frauennotruf-marburg@gmx.de
🌐 Frauennotruf-marburg.de

Titel: Alle gegen K.O.-Tropfen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Trägerverein Frauennotruf Marburg e.V. unterhält seit 30 Jahren eine Beratungsstelle für vergewaltigte und belästigte Frauen, berät Betroffene, Unterstützende und Angehörige, begleitet Frauen auf notwendigen Wegen und ist an der Weiterbildung von Fachkräften interessiert. Seit Jahren klärt der Frauennotruf e.V. in der Stadt und im Landkreis Marburg über die Gefahren von K.O.-Tropfen im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt sowie über die Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene auf.

Um eine Sensibilisierung für dieses Thema zu erreichen, wurde durch den Frauennotruf Marburg e.V. die Aufklärungskampagne „Alle gegen K.O.-Tropfen“ ins Leben gerufen, die das Bewusstsein für die Gefahren sogenannter K.O.-Tropfen schärfen und Jugendliche darin bestärken soll, präventive Maßnahmen zu ergreifen. So fand im Jahre 2017 unter anderem eine Plakataktion in Bussen statt; daneben wurde in 16 Tanzlokalen / Kneipen Informationsmaterial verteilt und an Outdoor-Veranstaltungen im Landkreis Aufklärungsarbeit zu diesem Thema geleistet. Aufgrund des deutlichen Anstiegs der Fallzahlen von Gewaltdelikten nach Verabreichung von K.O.-Tropfen wurde ein erhöhter Präventionsbedarf sichtbar. Aus diesem Grund wurde ein Workshop konzipiert, der sich an alle weiterführenden Schulen ab der 8. Klasse richtet. Im Rahmen dieses interaktiven 90-minütigen Workshops, in dem unterschiedliche didaktische Methoden zur Anwendung kommen, werden Substanzen, Wirkungsweisen und Symptome von K.O.-Tropfen thematisiert. Gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern wird erarbeitet, welche präventiven Maßnahmen ergriffen werden und wie sich Jugendliche in der Situation gegenseitig unterstützen können. Praktische Übungen und Diskussionsrunden regen die Schülerinnen und Schüler an zu überlegen, welche Handlungsoptionen für sich und ihr Lebensumfeld angebracht sein könnten. In den Workshops werden Jugendliche zudem über das bestehende Unterstützungsangebot in der Region sowie die Möglichkeit einer Anzeige bei der Polizei informiert.

Durch die Aufklärungskampagne möchte der Frauennotruf Marburg e.V. ein größeres Bewusstsein für die Gefahren von K.O.-Tropfen schaffen und Jugendliche darin bestärken, präventive und unterstützende Maßnahmen zu ergreifen.

Ergebnis

Bislang wurden 19 Workshops in Schulen durchgeführt, wodurch direkt über 300 Schülerinnen und Schüler erreicht werden konnten.

Durch die Verteilung von Flyern und das Aufhängen von Plakaten in 16 Marburger Kneipen und Tanzlokalen sowie weiterer Institutionen und das Aushängen der Plakate in Bussen der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf konnten indirekt sehr viele Menschen erreicht werden, die sich daraufhin auch an die Beratungsstelle wandten. Eine Evaluation des Workshops erfolgte mittels eines Fragebogens, den die Teilnehmenden im Anschluss ausfüllten.

7) **Freiherr-vom-Stein-Schule Hünfelden**

Adresse: Frau Judith Lehnert • Elisabeth-Koch-Straße • 65597 Hünfelden
☎ (06438) 2672 📠 (06438) 71274 ✉ info@schule-huenfelden.de
🌐 www.fvss-huenfelden.de

Titel: Aktionstag zur Stärkung der Sozialkompetenz durch Kampfsport

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Ziel des Projektes ist die Aufnahme einer sportlichen Aktivität, die die Klassengemeinschaft stärken, ein respektvolles Miteinander erleben lassen sowie Disziplin und Fairness zum Ausdruck bringen soll.

Die im Rahmen der Aktionstage vermittelten Inhalte sind an das Bewegungsfeld „Mit / Gegen den Partner kämpfen“ angelehnt. Dieses Bewegungsfeld stellt keine eigenständige Sportart dar, sondern leitet sich von den Regeln, Ritualen und Techniken traditioneller Kampfsportarten ab. An den Aktionstagen werden mit den Schülerinnen und Schülern kampfsportübergreifende Übungen durchgeführt, die durch einzelne Elemente der Sportarten Taekwondo und Ju-Jutsu untermauert werden.

Das „Ringende und Raufen“ soll hierbei lediglich den Zugang zu den Kindern erleichtern, um Inhalte des Lernens vermitteln zu können und somit das Erwerben „sozialer und emotionaler Kompetenzen“ zu fördern. Es stehen neben der eigentlich sportlichen Betätigung auch kooperative Spiele in vielen Formen und der Umgang mit Konflikten sowie Gespräche mit der Klasse im Vordergrund.

Das „Ringende und Raufen“ hat in den letzten Jahren in der pädagogisch / therapeutischen Arbeit mit Kindern zunehmend an Bedeutung gewonnen und wird häufig als psychomotorisches Medium der Entwicklungsförderung eingesetzt.

Die Aktionstage sind zudem in das Drogenpräventionskonzept der Schule eingebettet.

Ergebnis

Die Aktionstage wurden anfangs nur in einzelnen Klassen, in denen ein erhöhter Bedarf bestand, durchgeführt. Inzwischen sind sie als festes, präventives Projekt an der Schule etabliert und werden für alle Klassen angeboten. Die Besonderheit ist hierbei, dass alle Schülerinnen und Schüler der Schule erreicht werden. Das Projekt wurde durch Herrn Sascha Lange, der als Lehrkraft an der Freiherr-vom-Stein-Schule Hünfelden (FvSS) tätig und selbst auch Taekwondo-Trainer ist, im Rahmen seiner Wissenschaftlichen Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen im Fach Sport evaluiert. Insgesamt nahmen 336 Schülerinnen und Schüler (17 Klassen) an der Evaluation teil. Die Auswertung bestätigte die Eindrücke der beteiligten Personen, dass die Schülerinnen und Schüler die Aktionstage als positiv erachteten und Veränderungen der sozialen Kompetenzen sowie des Klassenklimas bestätigten. Hieraus lässt sich ableiten, dass sich der Kampfsport als gutes Medium eignet und ermöglicht, den jungen Menschen Inhalte, die das soziale Miteinander fördern, vorzustellen, um das Schulklima langfristig zu verbessern.

8) **Gesellschaft Bürger und Polizei e.V.**

Adresse: Frau Held • Konrad-Adenauer-Ring 51 • 65187 Wiesbaden
☎ (0611) 3451620 📠 (0611) 3451609 ✉ praevention.ppwh@polizei.hessen.de
🌐 polizei.hessen.de

Titel: Sicher im Alter

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Im Herbst 2016 entwickelte die Gesellschaft Bürger und Polizei e.V. zusammen mit den Kooperationspartnern Wiesbadener Kurier und Wiesbadener Tagblatt sowie dem Polizeipräsidium Westhessen die gemeinsame Kampagne „Sicher im Alter?!“ zum Schutz älterer Menschen vor Trickbetrug und dreistem Diebstahl, um den Kampf gegen derartige zunehmende Kriminalitätsphänomene anzugehen. Mit Hilfe eines ausgewählten Maßnahmenbündels sollten ältere Menschen für dieses Thema sensibilisiert und aufgeklärt werden, um eine bevorstehende Straftat möglichst frühzeitig erkennen und durch richtiges Verhalten verhindern zu können. Hierfür wurde vom Wiesbadener Kurier ein Präventionsfilm gedreht, der den Seniorinnen und Senioren zeigen und verdeutlichen soll, wie Trickbetrügerinnen und -betrüger vorgehen und wie man sich verhalten muss, um nicht Opfer zu werden. In mehreren Wiesbadener Stadtteilen gab es Seniorennachmittage, bei denen dieser Film gezeigt wurde und zahlreiche Begleitmedien (Flyer, Plakate, Türanhänger, Aufkleber) verteilt wurden. Die älteren Menschen konnten hierbei interaktiv mitwirken, zahlreiche Fragen stellen und an den Talkrunden teilnehmen. Zusätzlich zu den Seniorennachmittagen wurden zwei fingierte Kaffeefahrten, ein Infostand in der Innenstadt sowie zwei sog. „Bankentage“ durchgeführt, an denen ältere Menschen, die häufig am Monatsanfang ihr ganzes Geld abheben, um es zu Hause zu deponieren, in den Banken angesprochen und über die typischen Betrugsmaschen aufgeklärt und hierfür sensibilisiert wurden.

Begleitet wurde die Kampagne durch eine wochenlange, intensive Pressearbeit und Berichterstattung in den örtlichen Zeitungen. Mit Unterstützung der ESWE-Verkehrsgesellschaft wurde sogar ein Linienbus mit dem Logo und dem Motto der Kampagne beklebt. Dieser drehte bereits lange vor der Kampagne seine Runden durch Wiesbaden.

Ergebnis

Das Projekt lief im Zeitraum vom 26. Januar 2017 bis 28. April 2017. Informationsveranstaltungen finden jedoch weiterhin unter Nutzung des Logos und mit Berichterstattung statt. Es konnten ca. 3.000 ältere Menschen unmittelbar und über die Berichterstattung in der Zeitung ca. 150.000 Menschen indirekt erreicht werden. Das Feedback der Seniorinnen und Senioren zu der Kampagne war ausgesprochen positiv: Große Dankbarkeit, „sich verstanden fühlen“, Reduzierung des Schamgefühls, Steigerung des subjektiven Sicherheitsgefühls und mehr Lebensqualität. Darüber hinaus wurden die Tatvollendungen in Wiesbaden reduziert.

Das Projekt wurde mit einer besondere Anerkennung ausgezeichnet.

Adresse: Frau Monika Weisbecker • Bergstraße 31 • 35578 Wetzlar
☎ (06441) 445920 📠 (06441) 44590220
✉ monika.weisbecker@internationaler-bund.de
🌐 www.internationaler-bund.de

Titel: Keine Gewalt an Mädchen und Jungen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Das Projekt soll jungen Menschen (bis einschließlich 27 Jahren), die im häuslichen, schulischen oder öffentlichen Raum von Gewalt betroffen sind, Beratung und Unterstützung bieten. Hauptanliegen ist jedoch, Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene schon im Vorfeld vor Gewalterfahrungen zu schützen. Vor allem gefährdete Gruppen sollen durch die Angebote des Projektes angesprochen werden. Besonderes Augenmerk des Projektes liegt auf sexualisierter Gewalt. Da junge Frauen noch immer überprozentual hiervon betroffen sind, richten sich die Angebote vorrangig an Mädchen ab zwölf Jahren, aber auch an junge Männer oder Menschen mit einer nicht eindeutigen Geschlechtsidentität. Mit Hilfe von Empowerment-Maßnahmen soll das Selbstbewusstsein der in der Regel weiblichen Teilnehmerinnen gestärkt werden, eine Auseinandersetzung mit Geschlechtsstereotypen angestoßen und Strategien der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung vermittelt werden.

Die Bedingungen der Kurse bieten zudem die Möglichkeit, die Teilnehmenden über weitere Unterstützungsmöglichkeiten in gewaltspezifischen Problemlagen zu informieren. Neben öffentlichen Veranstaltungen und Gruppenangeboten nimmt die Einzelberatung mit von Gewalt Betroffenen einen großen Raum ein. Zukünftig soll hier ein Angebot speziell für die Bedarfe geflüchteter Frauen geschaffen werden.

Eine zusätzlich geplante Erweiterung des Angebots richtet sich an angehende Erzieherinnen und Erzieher, die als Multiplikatoren wirken sollen, um etwa zu vermeiden, dass vor allem in Betreuungseinrichtungen für Kinder bewusst oder unbewusst tradierte Geschlechterrollen weitergetragen und so weiter in der Gesellschaft verfestigt werden.

Ergebnis

Das Projekt wurde bereits im Jahre 2006 entwickelt und bietet ein laufendes, ständiges Angebot im Lahn-Dill-Kreis. Beratungszeiten werden grundsätzlich an drei Tagen pro Woche, aber auch nach Absprache, durchgeführt. Die Evaluation der durchgeführten Maßnahmen erbrachte ein durchweg positives Ergebnis. Häufig werden Angebote mehrfach wahrgenommen, so dass bereits eine deutliche Veränderung der Stärkung des Selbstbewusstseins vermerkt werden konnte. Auch kann die Zielerreichung in der unterstützenden Einzelarbeit der von Gewalt Betroffenen als positiv bewertet werden. Die Beratung wird zunehmend genutzt und von den Frauen als stärkend wahrgenommen und bewertet.

10) Jakob-Grimm-Schule Rotenburg a. d. Fulda - Runder Tisch Jugendarbeit und Schule

Adresse: Frau Iris Schulte / Herr Michael Koslowski • Braacher Straße 15 •
36199 Rotenburg
☎ (06623) 8075 📠 (06623) 44582 ✉ schu@jgs-rof.de; kk@jgs-rof.de
🌐 jgs-rof.de

Titel: Handlungsleitfaden zum Umgang mit drogenbezogenem Fehlverhalten

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Runde Tisch Jugendarbeit und Schule besteht seit 2011. Er setzt sich aus Vertretern der kirchlichen und öffentlichen Jugendhilfe, der Polizei, der Stadt Rotenburg und der Jakob-Grimm-Schule zusammen. Aus dieser Kooperation entstehen maßgebliche Impulse der schulischen Präventionsarbeit.

Das Thema Drogen beschäftigte den Runden Tisch Jugendarbeit und Schule immer wieder sehr intensiv. 2015 entwickelte man schließlich mit Schülerinnen und Schülern erstmals ein Konzept, das eine Grundlage für die inzwischen jährlich stattfindenden Suchtpräventionstage diene. Information, Aufklärung und Gespräche mit ehemaligen von Sucht Betroffenen bilden seitdem einen festen Bestandteil der Suchtpräventionsarbeit der Schule, in die neben den Schülerinnen und Schülern Lehrkräfte und auch Eltern einbezogen wurden.

Aufgrund der dennoch fortbestehenden Unsicherheit im Umgang mit akuten Situationen im Schulalltag, die im Zusammenhang mit drogenbedingtem Fehlverhalten stehen könnten, wurde in einer aus Lehrkräften, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie dem Jugendsachbearbeiter der Polizei bestehenden Arbeitsgruppe ein Handlungsleitfaden entwickelt, der Lehrkräften einheitliche Handlungsschritte aufzeigen und für noch mehr Transparenz sowie Präsenz dieses Themas im Schulalltag sorgen soll. Unterschieden wurden hierbei Situationen, die auf schulischer Ebene gelöst werden können und solche, die ein polizeiliches Tätigwerden erforderlich machen (z.B. Handeltreiben). Der Handlungsleitfaden stellt eine Kombination aus Prävention und Intervention dar und dient maßgeblich der Reflexion und Verbesserung innerschulischer und außerschulischer Kooperationsprozesse.

Ergebnis

Durch den Handlungsleitfaden, der seit Februar dieses Jahres praktische Anwendung findet, werden indirekt ca. 1200 Schülerinnen und Schüler erreicht. Ansonsten richtet sich seine Anwendung nach dem Bedarf und entsprechender Auffälligkeit. Er ergänzt als Interventionsmittel die bereits 2015 eingerichtete Suchtpräventionswoche. Im Sommer 2019 wird eine Evaluation durch den Runden Tisch erfolgen, um die Effektivität des Handlungsleitfadens zu überprüfen.

11) Judo-Club Kim-Chi Wiesbaden 1999 e.V.

Adresse: Herr Siegbert Geuder • Wörthersee-Straße 8 • 65187 Wiesbaden
☎ (0177) 8511765 ✉ Sig.geu@freenet.de
🌐 www.kim-chi-wiesbaden.de

Titel: Gewaltfrei lernen – Opfer, nein danke!

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Judo-Club Kim-Chi Wiesbaden widmet sich seit Jahren nicht nur dem Leistungsgedanken im Sport, sondern legt großen Wert auf die persönliche Entwicklung der ihm anvertrauten Kinder sowie ihres Sozialverhaltens. Mit dem Projekt „Gewaltfrei lernen -Opfer, nein danke!“ hat sich der Verein das Ziel gesetzt, das Selbstbewusstsein und die Selbstbehauptungsfähigkeit der Kinder zu stärken, um damit das Entstehen von Gewaltsituationen von Anfang an vermeiden zu können. Hierfür entwickelte der Verein ein ganzheitliches Konzept, das beim Meistern der unterschiedlichsten Gefahrensituationen im Laufe der verschiedenen Lebensabschnitte der Kinder von der Kita an über die Einschulung bis zum Ende der Grundschulzeit unterstützen soll. Durch Projekte wie das Schulwegsicherungs- und Selbstschutztraining, Konfliktlösungen - Gewaltpräventionstraining und Integration in Sport AG's - Selbstverteidigung) werden die Kinder in den einzelnen Entwicklungsphasen und den damit verbundenen Herausforderungen begleitet und ihnen Problemlösungen mit auf den Weg gegeben. Eine dieser Entwicklungsphasen stellt der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule dar, der für die meisten Kinder ein besonderes Ereignis mit zahlreichen neuen Herausforderungen darstellt. Anhand von Bewegungsangeboten, Vermittlung von Judowerten und Rollenspielen soll den Schülerinnen und Schülern beispielsweise vermittelt werden, wie sie sich auf dem Schulweg schützen können. Die Kinder lernen „Not-Hilfe-Inseln“ (beispielsweise Läden, Banken oder Büros) kennen, wo sie jederzeit Schutz und Hilfe finden können.

Eine weitere Herausforderung stellt die Situation auf den Schulhöfen aufgrund zunehmender Gewalt dar. In einer Art „Unterrichtsfach“ sollen sich die Schülerinnen und Schüler daher wöchentlich mit dem Thema Gewalt auseinandersetzen. Hierbei werden die Probleme von Gewalt aufgegriffen, Lösungsansätze besprochen und die Schülerinnen und Schüler in konfliktlösenden Rollenspielen praktisch geschult, wie man Gewalt in seiner Entstehung frühzeitig erkennt, sie vermeidet, wie man Gewalt durch Aggressionstraining verarbeiten kann und wie man durch Selbstbehauptungstraining sein Selbstbewusstsein stärken kann, um Gewalt von Anfang an entgegentreten zu können. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich nachmittags unter professioneller Anleitung in Selbstverteidigungs- und Judokursen auszutoben und dies als Ventil für angestaute Aggressionen zu nutzen. Diese bilden eine stabile Basis für ein vorurteilsfreies, von Toleranz und Akzeptanz getragenes, faires Sporttreiben, was sich wiederum positiv auf das Miteinander und das Klima der Klasse / Schule auswirkt (Förderung der Integration).

Ergebnis

Das Projekt läuft als ständiges, dauerhaftes Präventionskonzept seit August 2016 und ist in stetigem Wachstum begriffen. Es findet derzeit eine Kooperation mit 15 Kitas und 24 Schulen statt, so dass inzwischen über 4000 Kinder in Wiesbaden und Umgebung unterrichtet werden. Ziel ist, das Projekt flächendeckend in ganz Wiesbaden etablieren zu können. Erst das wöchentliche Sensibilisieren der Schülerinnen und Schüler im Unterricht für das Thema Gewalt hat diese aufmerksamer im Umgang mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern werden lassen und dazu geführt, dass die Ausbildung der „Streitschlichter“ an den Schulen eine völlig neue Bedeutung und Wertschätzung gewonnen haben. Eltern und Lehrkräfte berichten gleichermaßen, dass das Selbstbewusstsein der Kinder durch das Projekt bereits deutlich gestärkt wurde, was im Ergebnis auch zu einer Verbesserung des Klassenklimas und der schulischen Leistung führte. Darüber hinaus erhalten alle Kinder Zugang zu Bewegungs- und Sport-AGs, was andernfalls oftmals am Aufbringen des Vereinsbeitrags scheitern würde.

12) Kommunales Jugendbildungswerk Limburg-Weilburg

Adresse: Frau Pia Stöckl • Schiede 43 • 65549 Limburg
☎ (06431) 296118 📠 (06431) 296805
✉ jbw@limburg-weilburg.de
🌐 www.das-jbw.de

Titel: Jugendtaxi im Landkreis Limburg-Weilburg

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Nach einem Beschluss des Kreistages des Landkreises Limburg-Weilburg im Juni 2008 wurde das Projekt Jugendtaxi zunächst als Modellprojekt entwickelt und 2 Jahre lang umgesetzt. Seit 2011 ist es als festes Projekt im Landkreis verankert. Jugendlichen und jungen Erwachsenen soll hierbei die Möglichkeit gegeben werden abends, vor Feiertagen, an Fastnacht und am Wochenende ab 21.00 Uhr sicher und vergünstigt mit dem Taxi von Abendveranstaltungen nach Hause zu kommen. Zu diesem Zweck kann beim Jugendbildungswerk (JBW) des Landkreises Limburg-Weilburg ein „Jugendtaxi-Ausweis“ beantragt werden. Alle Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren aus dem Landkreis Limburg-Weilburg können an dem Projekt teilnehmen, vorausgesetzt deren Wohnortgemeinde beteiligt sich hieran. Inhaber dieses Ausweises können Gutscheine zum Preis von 2,- € in den Rathäusern der beteiligten Kommunen erwerben. Jeder Gutschein hat einen Wert von 5,- €, die Differenz übernimmt der Landkreis Limburg-Weilburg und die jeweilige Wohnortgemeinde. Die Gutscheine können bei allen beteiligten Taxiunternehmen eingelöst werden. Ziel- oder Abfahrtsort müssen im Landkreis Limburg-Weilburg liegen. Auf der Rückseite des Gutscheines befindet sich ein Feld, welches vor Fahrtantritt an den gekennzeichneten Stellen ausgefüllt werden muss. Am Ziel angekommen, wird mit dem/den Gutschein/en die Fahrt bezahlt, wobei mehrere Gutscheine pro Fahrt eingelöst werden können, jedoch kein Wechselgeld herausgegeben wird. Das Gleiche gilt für Fahrten, die günstiger als 5,- € sind.

Ziel des Projekts ist zum einen die Unfallverhütung: Jugendliche sollen am Wochenende möglichst sicher und zudem noch günstig im Landkreis Limburg-Weilburg unterwegs sein und nach Hause kommen. Da der ÖPNV im Landkreis in den Abend- und Nachtstunden - insbesondere am Wochenende - recht spärlich ausgebaut ist, dient das Jugendtaxi zum anderen aber auch der Mobilitätssteigerung Jugendlicher und junger Erwachsener.

Ergebnis

Nachdem die intensive Evaluation des Modellprojektes ergab, dass das Taxi von den Jugendlichen stark genutzt wird und die Unfallzahlen in dem Zeitraum von 2 Jahren tatsächlich reduziert werden konnten, wurde das Projekt im September 2011 als festes Angebot im Landkreis Limburg-Weilburg installiert. 1.200 Jugendliche nutzen das Jugendtaxi mit einem eigenen „Jugendtaxi-Ausweis“ über mehrere Jahre bis zu ihrem 21. Lebensjahr und kommen so sicher und vergünstigt abends nach Veranstaltungen nach Hause. Insgesamt profitieren jedoch weit mehr Jugendliche vom Jugendtaxi durch Mitfahrgemeinschaften (ca. 2.500). Durch das Projekt wird neben der Senkung der Unfallzahlen die Mobilität der Jugendlichen im ländlichen Raum erweitert. Das Jugendtaxi wird seit seiner Einführung ungebrochen gut angenommen.

13) Präventionsrat Wolfhagen

Adresse: Herr Frank Mahlich • Burgstraße 33-35 • 34466 Wolfhagen
☎ (05692) 9960496
✉ frank.mahlich@wolfhagen.de

Titel: Anti-Mobbing-Tage

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Präventionsrat Wolfhagen veranstaltet seit dem Jahr 2009 in Kooperation mit der Wilhelm-Filchner Gesamtschule und Schule für Lernhilfe Wolfhagen einmal pro Jahr in allen 8. Klassen die sogenannten Anti-Mobbing-Tage. Das Thema Mobbing nimmt inzwischen in den Schulen einen breiten Raum ein. Obwohl der Begriff Mobbing den Jugendlichen und Lehrkräften geläufig ist, ist die genaue Bedeutung oftmals nicht klar. Das Projekt, das 2009 als Wolfhager „Jugendfilmtage“ unter dem Motto „Für Mobbing sensibler werden“ begann, wurde im Laufe der Zeit stetig evaluiert und konzeptionell weiterentwickelt. Seit dem Jahr 2014 werden „filmlose“ Anti-Mobbing-Tage mit einem hohen Anteil von Selbsterfahrungsinterventionen durchgeführt. Jeweils zwei Mitglieder des Präventionsrates übernehmen die Leitung des Anti-Mobbing Tages für jeweils eine Klasse, die von den Klassenleitungen und der Schulsozialarbeit unterstützt werden. In den Klassen treten somit externe Personen auf, die in den verschiedensten Bereichen wie der Jugendhilfe, der Schulen, der Polizei, der Drogenhilfe sowie der Jugendarbeiten der evangelischen Kirche und der Gemeinden Wolfhagen und Breuna, arbeiten. Durch das Auftreten außerschulischer Fachkräfte wird die Nachhaltigkeit der Intervention verstärkt. Neben allgemeinen Informationen zum Thema Mobbing und seinen Auswirkungen erhalten die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Anti-Mobbing-Tages die Gelegenheit, sich mit mittelbar oder unmittelbar erfahrener Gewalt und seinen Folgen auseinanderzusetzen. Die Förderung zivilcouragierten Handelns als Mittel zur Beendigung von Mobbing steht ebenso auf der Programmliste. Inzwischen wird der Anti-Mobbing-Tag bereits in den 6. Klassen durchgeführt, da die Erfahrung gezeigt hat, dass bereits in dieser Altersstufe ein solches Präventionsangebot notwendig ist.

Ergebnis

Das Projekt erreicht sämtliche Kinder und Jugendliche des betreffenden Jahrgangs inklusive der jungen Flüchtlinge (Wolfhagen mit ca. 13.000 Einwohnerinnen und Einwohnern hat eine Flüchtlingsunterkunft mit ca. 700 Personen). Direkt erreicht werden pro jährlicher Veranstaltung ca. 8-12 Klassen mit insgesamt ca. 200 – 300 Schülerinnen und Schülern – seit Projektbeginn 2009 sind dies insgesamt 2.000 – 3.000 Schülerinnen und Schüler. Die Lehrkräfte sowie die Schulleitung begrüßen das Projekt sehr. Das Projekt leistet einen wichtigen Beitrag zur Mobbing-Prävention. Die Kooperation von Schule und Jugendhilfe eröffnet neue Wege, um betroffene Klassen zu unterstützen und wieder einen anderen Umgang - zum Schutz der Kinder und Jugendlichen - miteinander zu finden.

14) **Reit- und Voltigierclub Taunusstein e.V**

Adresse: Frau Marion Müller • Platter Straße 74 • 65232 Taunusstein
☎ (0177) 811234 ✉ Marionmueller65@icloud.com
🌐 www.rvctaunusstein.de

Titel: (Re-) Sozialisierungshilfe für straffällig gewordene junge Menschen im Rahmen von sozialen Trainingskursen „öffentliche Gewalt“ und „Häusliche Gewalt“

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Reit- und Sportverein Taunusstein e.V. bietet im Rahmen dieses Projekts soziale Trainingskurse für gewalttätig und damit straffällig gewordene Jugendliche und junge Erwachsene an. In den Kursen erleben die Teilnehmenden verschiedene Situationen mit Eskalationspotenzial, die sie frühzeitig erkennen und gewaltfrei lösen lernen sollen. Ziel des gesamten Trainings ist, das eigene, gewalttätige Handeln zu reflektieren und Alternativen zu erarbeiten. Dazu bedarf es einer intensiven Auseinandersetzung mit der Persönlichkeit des Täters oder der Täterin. In der Begegnung mit den Pferden lernen die Teilnehmenden, wo ihre persönlichen Grenzen und Ängste liegen und erarbeiten Handlungsmuster für den konfliktfreien Umgang mit dem Tier und letztlich auch mit anderen Menschen. Sie müssen sich „einlassen“, Anweisungen und Hilfe annehmen, Regeln einhalten, sich gegenseitig vertrauen lernen und Respekt vor anderen Lebewesen beweisen. Dem Projekt liegt der Gedanke zu Grunde, dass ein respektvoller Umgang mit Tieren nicht nur dem Wohl der Tiere dient, sondern auch für die Gewaltprävention im zwischenmenschlichen Zusammenleben wichtig ist. Gerade junge Menschen lernen im verständnisvollen und respektvollen Umgang mit Tieren, mit Schwächeren umzugehen.

Ergebnis

Der Projekttag findet im Rahmen eines gerichtlich angeordneten sozialen Trainingskurses oder einer Auflage der Jugendämter im Winterhalbjahr statt. Die Teilnehmenden entwickeln im Laufe des Kurses dank des tiergestützten Verhaltenstrainings Handlungsalternativen und erhalten eine 1:1 Rückmeldung vom Pferd. Das Betreten von Neuland und Bewältigen unbekannter und mitunter stressiger Situationen steigert das Selbstbewusstsein und initiiert eine generelle Bereitschaft, im Alltag gewaltfrei handeln zu wollen. Durch das Projekt werden ca. 10-12 Teilnehmende pro Gruppe erreicht. Insgesamt finden 5-6 Gruppen pro Jahr statt.

15) Schultheater Studio Frankfurt am Main/TPZ Rhein-Main

Adresse: Frau Katharina Fertsch-Röver • Hammarskjöldring 17a • 60439 Frankfurt
☎ (069) 21232044 / 21270758 📠 (069) 21232070
✉ k.fertsch-roever@schultheater.de
🌐 www.schultheater.de

Titel: „GEWALTiges Theater“ / InPuT - Initiative Prävention und Theater

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

1998 entwickelte ein Team des Schultheater-Studios einen Gewaltpräventionsworkshop mit Theatermethoden für Schulklassen. Die Kampagne „Gewalt - Sehen - Helfen“ war gerade gestartet, physische Auseinandersetzungen und Diebstähle an den Frankfurter Schulen ein großes Thema. Der Workshop läuft - nach einigen konzeptionellen Veränderungen - bis heute als Erfolgsmodell und erreichte bislang tausende von Kindern und Jugendlichen vom Grundschulalter bis zur Berufsschule. 2001 wurde er mit dem Hessischen Präventionspreis ausgezeichnet. Neben diesem Workshop sind vor allem die zahlreichen Folgemodelle, die sich hieraus entwickelt haben, Gegenstand der Bewerbung. Aufgrund einer Zunahme von Diskriminierung und Rassismus Anfang der 2000er, konzipierte das Team des Schultheater-Studios ein sich dieses Themas annehmendes Theaterstück mit begleitenden Workshops. Einer davon war speziell für wenig deutschsprechende Schülerinnen und Schüler angelegt und der Grundstein für das Programm „Spielend Deutsch lernen“, das den Deutschunterricht mit theaterpädagogischen Mitteln unterstützt und einen Beitrag zur Integration darstellt. Zielpublikum sind die Intensivklassen, die überwiegend an Berufsschulen angesiedelt sind und in denen sich zurzeit viele Jugendliche mit Fluchterfahrung befinden. 2017 kam schließlich das Programm „Träume schaffen Räume“ hinzu, in dem sich Jugendliche gleichen Alters aus Regelklassen und Seiteneinsteigerklassen gemeinsam mit Zukunftsorientierung und Berufsperspektiven beschäftigen. Seit 2002 wird auf Anregung der Schulleitungen der Workshop „Sucht als Theater und Theater als Sucht“ an Schulen in Frankfurt und Hessen durchgeführt. Die Entwicklung dieses Programms orientierte sich an den bereits gemachten Erfahrungen mit der Gewaltprävention. Ausgehend von ihrer eigenen Lebensrealität beschäftigt sich hier die Klasse mit den Themen Konsum, Abhängigkeit und Sucht in allen ihren Ausprägungsformen. 2015 kam der Workshop „GeschlechterRolleMensch“ dazu, zu dem eine gesonderte Bewerbung vorliegt.

Ergebnis

Aufgrund seiner fundierter Präventionserfahrungen trat 2016 die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung an das Schultheater heran; im Jahre 2017 übernahm das professionelle Schauspielensemble „Bauchgefühl“ das Theaterstück „Trau Dich!“ gegen sexuellen Missbrauch im Auftrag des Hessischen Kultusministeriums und treibt in Kooperation mit den lokalen Netzwerken (Staatliche Schulämter, Netzwerk gegen Gewalt und Fachberatungsstellen) die Kampagne, zu der auch Fachkräfte- Fortbildung und Elternabende gehören, stetig voran. Die Inhalte der Gewalt- und Suchtprävention sowie „Spielend Deutsch lernen“ sind als Fortbildungsprogramm auf Abruf interessierten pädagogischen Fachkräften zugänglich. Die Programme werden vom vierköpfigen hauptamtlichen theaterpädagogischen Team des Schultheater-Studios und mit einem kompetenten Team aus Freiberuflern durchgeführt, supervisiert und weiter entwickelt; das Team steht dabei in engem Austausch mit der Gesamtleitung der Institution sowie mit den Kooperationspartnern. Der Gewaltworkshop „GEWALTiges Theater“ feiert dieses Jahr sein zwanzigjähriges Jubiläum. Das Präventionsprogramm InPuT erreicht direkt ca. 30.000 Kinder und Jugendliche sowie indirekt 1000 pädagogische Fachkräfte über Fortbildungen.

16) **Schultheater-Studio Frankfurt (Träger: Kreidekreis e.V.)**

Adresse: Frau Nicole Peinz • Hammarskjöldring 17a • 60439 Frankfurt
☎ (069) 21232044 / 21270758 📠 (069) 21232070
✉ nicole.peinz@schultheater.de
🌐 www.schultheater.de

Titel: Projekt: GeschlechterRolleMensch - Theaterpädagogischer Workshop zu den Themen Heteronormativität und Homophobie

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Anlass für die Erstellung des Projektes ist das Phänomen, dass es zahlreiche Diskriminierungen und Gewalttaten gegen queere (hier als Überbegriff für schwul, lesbisch, bi-, trans- und intersexuelle Lebensweisen) Menschen gibt. In den letzten Jahren scheinen die offenen Anfeindungen, aber auch Hate-Speeches im Internet, wieder zuzunehmen. Weiterhin zeigen Studien, dass es insbesondere im schulischen Bereich noch immer Angst vor Beleidigungen, Ausgrenzungen und Gewalt aufgrund der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung gibt und ein Coming Out in der Schule für die Betroffenen sehr schwierig ist. Statistiken belegen, dass „schwul“ immer noch eines der häufigsten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen ist. Der vierstündige GeschlechterRolleMensch-Workshop richtet sich primär an Schülerinnen und Schüler ab der 6. Klasse und wird von drei Theaterpädagoginnen durchgeführt. Die Altersgruppe bietet sich an, weil Jugendliche sich in dieser Altersgruppe erstmals mit der eigenen Geschlechterrolle auseinandersetzen. Bei jungen Erwachsenen geht es eher darum, schon bestehende Vorurteile in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierung gemeinsam zu thematisieren. Die Jugendlichen setzen sich in der ersten Hälfte des Workshops mit den Themen „Geschlecht“ und „Geschlechterklischees“ auseinander. Die Theaterpädagogik besteht aus einer Mischung aus Theater sehen und Theater spielen. Die Schülerinnen und Schüler diskutieren dabei u.a., warum manche Aspekte in unserem Alltag einem Geschlecht zugeordnet werden und es werden auch historische Veränderungen in Bezug auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern aufgegriffen. Der zweite Teil startet mit einer Übung zum Thema „Gefühle zeigen und darstellen“. Mit Hilfe der Moderation werden Vorurteile in Bezug auf die sexuellen Orientierungen lesbisch und schwul kritisch reflektiert. Die Jugendlichen bringen Ihre Ideen und Gedanken ein, die ihnen bei diesem Thema wichtig sind und am Ende werden diese auf der Bühne in Szene gesetzt. Die Szenen werden anschließend gemeinsam besprochen und reflektiert und der Workshop endet für die Klasse mit einer ausführlichen Feedbackrunde, die dem Team als Grundlage für die Weiterentwicklung des Workshopformats dient. Im Anschluss an den Workshop findet regelmäßig eine mindestens 30-minütige Nachbereitung mit der Lehrkraft statt und – soweit erforderlich – Möglichkeiten der vertiefenden thematischen Auseinandersetzung für die jeweilige Klasse erörtert.

Ergebnis

Das Projekt findet dauerhaft seit September 2015 statt und wurde durch die eigene Organisation evaluiert. Die Projektziele, Vorurteile in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierungen zu hinterfragen, Theaterspielen als ästhetischen Gestaltungsraum zu erleben und die Kooperationsfähigkeit der Klasse durch Theater zu fördern, sind – das haben die zahlreichen Rückmeldungen der Jugendlichen und Lehrkräfte deutlich gemacht – realistische Ziele, die durch die Workshoparbeit erreicht werden können. Mit den durchgeführten Workshops konnten 600-700 Personen direkt angesprochen werden.

17) **Stadt Fulda - Amt für Jugend, Familie und Senioren**
Jugendförderung an der Geschwister-Scholl-Schule

Adresse: Herr Ullrich Steybe • Huberstraße 8 • 36037 Fulda
☎ (0661) 67926200 ✉ ullrich.steybe@fulda.de

Titel: GEWALTIG

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Gewalt ist ein gesellschaftliches Phänomen, das in allen Schichten, Kulturen und Altersklassen vorkommt. Gewalt tritt in mannigfaltigen Erscheinungsformen auf und hat dementsprechend unterschiedliche Ausprägungen hinsichtlich des Verhaltens von Opfern und Tätern. Gewalt ist eine Ausdrucksform von Aggression, die zu einem großen Teil erlernt wird. Wenn es an Strategien zur gewaltfreien Konfliktlösung und Aggressionsabbau fehlt, kann dies fatale Auswirkungen für den Ausübenden und sein Umfeld haben. Möglichkeiten, mit Konflikten, Aggressionen und Stress umzugehen, fehlen Kindern und Jugendlichen oftmals und auch die Perspektiven von Opfern sind häufig durch fehlende Handlungsalternativen geprägt. Als einer der belastendsten Umstände von Gewalt dürfte hierbei die gefühlte Ausweglosigkeit empfunden werden. Dem soll durch das Präventionsprojekt GEWALTIG begegnet werden.

GEWALTIG ist ein Projekt der Kinder und Jugendförderung an der Geschwister-Scholl-Schule Fulda. Zielgruppen sind die sechsten Klassen der Schule. Während des gesamten Schuljahres befassen sich die Schülerinnen und Schüler in wöchentlich stattfindenden, 90-minütigen Unterrichtseinheiten, mit dem Thema Gewalt. Das Projekt soll den Kindern deren Relevanz und ihre Ausprägungen deutlich vor Augen führen und ihnen fundiertes Wissen über die verschiedenen Formen der Gewalt vermitteln. Es soll Möglichkeiten zur Reflexion des eigenen Verhaltens sowie auch des Verhaltens anderer einräumen, um im Diskurs mit der Kursleitung und den Mitschülerinnen und Mitschülern die eigenen Ansichten zu überdenken. Es sollen Verhaltensmöglichkeiten und -alternativen für entsprechende Situationen aufgezeigt und eingeübt werden sowie professionelle Ansprechpartner und Hilfsangebote benannt werden. In projektorientierten Einheiten werden die Kinder von den Referierenden thematisch angeleitet. Ziel ist der Austausch und die Diskussion mit den Referierenden verschiedener Einrichtungen, um das Thema aus unterschiedlichen Blickwinkeln betrachten zu können. Auch wird ein Kurzfilm erstellt und eine theaterpädagogische Einheit realisiert.

Ergebnis

Um dem wichtigen Thema der öffentlichen Gewalt einen noch breiteren und nachhaltigeren Rahmen zu geben, nimmt die Geschwister-Scholl-Schule seit 2013/14 in Kooperation mit der Polizei an dem opferzentrierten Gewaltpräventionsprojekt Prävention im Team (PIT) teil, das die Schülerinnen und Schüler zu Beginn der siebten Klassen durchlaufen. Grundsätzlich ist die Kombination aus GEWALTIG und PIT ein fester Bestandteil des Curriculums der Schule. Unmittelbar werden 20-30 Teilnehmende jährlich erreicht. Durch die wöchentliche inhaltliche Vertiefung des Themas konnte bei vielen Schülerinnen und Schülern bereits eine Sensibilisierung bemerkt werden. Mit den Eltern, der Schulleitung und Kooperationspartnern wird im Projekt evaluiert, welches Angebot noch Nachbesserungen bedarf, wie diese durchgeführt werden können und inwieweit das Zeitbudget den einzelnen Angeboten gerecht wird. Auch die Kinder werden hierzu fortlaufend befragt.

18) Stadt Kelkheim – Amt für Jugend und Integration

Adresse: Frau Petra Bliedtner • Gagering 1 • 65779 Kelkheim (Taunus)
☎ (06195) 803880 ✉ petra.bliedtner@kelkheim.de
🌐 www.kelkheim.de / www.jugendarbeit-kelkheim.de

Titel: Du & Ich-Tag – Für mehr Miteinander

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Du & Ich-Tag fand erstmals 2010 als Präventionsprojekt in Form eines Marktplatzfestes statt und wird seitdem jährlich fortgesetzt. Der Marktplatz wurde als Ort gewählt, da er einen Konflikt-punkt zwischen den Bewohnerinnen und Bewohnern der dort ansässigen Seniorenresidenz und den sich dort aufhaltenden Jugendlichen darstellte. Im Rahmen eines ungezwungenen Markt-platzfestes sollte diesen Konflikten durch Gespräche beider Gruppen und gemeinsame Aktionen, die einen Perspektivwechsel ermöglichen, entgegengewirkt werden. Der präventive Schwerpunkt weitete sich schnell auch auf den Bereich der Verständigung der Kulturen aus. Damit entwickelte sich die Veranstaltung zu einem Präventionsprojekt, das Generationen und Kulturen miteinander verbinden und somit Konflikte verhindern soll. Bei dem Du & Ich-Tag werden verschiedene krea-tive Aktionen an Spiel- und Informationsständen angeboten (Generationengewinnspiel, Fotoakti-onen), die es den Besucherinnen und Besuchern ermöglichen, neue Perspektiven einzunehmen und in den Austausch mit anderen Kulturen und Generationen zu treten. Auf dem Fest finden sich Essenstände, Aktionsstände, Informationsstände und die Offene Bühne. Durch die vielfältigen Ak-tionen soll ein besseres gegenseitiges Verständnis für die unterschiedlichen Lebenswelten und Toleranz auf allen Seiten geschaffen werden. Ziel ist es, Konflikte, besonders im öffentlichen Raum, zu begegnen und die Stimmung in der Kommune nachhaltig zu verbessern. Neben den ini-tiierten und spontan entstehenden Gesprächen der Besucherinnen und Besucher finden auch in-formelle Gespräche zwischen den Mitarbeitenden der teilnehmenden Institutionen des Gemein-wesens statt, wodurch das Knüpfen von Netzwerken begünstigt wird. Die Mobile Jugendarbeit Kelkheim und das Städtische Amt für Jugend und Integration Kelkheim (Taunus) organisieren den Du & Ich-Tag. Weiterhin sind Polizei, der Ausländerbeirat und die K&S Seniorenresidenz maßgeb-lich an der Initiierung des Projekts beteiligt. Die Finanzierung leistet die Stadt Kelkheim sowie die Bürgerstiftung, die Seniorenresidenz K&S, der Ausländerbeirat, der Präventionsrat Kelkheim und der Main-Taunus-Kreis.

Ergebnis

Der immer wieder gut besuchte Du & Ich Tag spricht regelmäßig circa 1.000 Bürgerinnen und Bürger direkt an, indirekt werden circa 4.000 Personen erreicht. Im Ergebnis lässt sich eine wachsende Toleranz in Kelkheim erkennen und die Kelkheimer Stadtmitte stellt sich inzwischen als geringerer Konfliktherd dar. Zudem entstehen nach wie vor neue Netzwerke, Kooperationen und Projekte auch über das Fest hinaus.

19) **Städtische Jugendarbeit Wolfhagen**

Adresse: Herr Frank Mahlich / Herr Henning Riedel • Burgstraße 33-35 • 34466 Wolfhagen
☎ (05692) 9960496 / (05692) 984833 ✉ jugendarbeit@wolfhagen.de

Titel: Fahrradwerkstatt Wolfhagen

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Jugendarbeit Wolfhagen, der Landkreis Kassel und der ökumenische Arbeitskreis haben im Erdgeschoss der Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge des Landkreises Kassel eine Fahrradwerkstatt eingerichtet, die neben einer Fahrradausgabe einen Reparaturservice für defekte Fahrräder anbietet. Was für viele Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Kassel ein selbstverständliches Fortbewegungsmittel in Alltag und Freizeit ist, stellt für Menschen, die auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind und Geflüchtete einen Luxus dar, der für die Alltagsmobilität unverzichtbar ist. Da die Pommernanlage, in der sich die Gemeinschaftsunterkunft befindet, 5 km außerhalb von Wolfhagen liegt und es keine Geschäfte in der Anlage selbst gibt, wurde die Idee der Fahrradwerkstatt (Werkstatt, Ersatzteillager / Spenden- und Ausgaberaum) geboren. Ziel dieser Fahrradwerkstatt war von Anfang an die Integration der Geflüchteten, indem man sie an den Reparaturarbeiten unter fachmännischer Anleitung/Hilfe beteiligte.

Ergebnis

Die seit März 2016 betriebene Fahrradwerkstatt hat die Integration der Geflüchteten befördert. Sie stellt einen sozialen Treffpunkt dar, an dem Beziehungen aufgebaut und Ängste abgebaut werden konnten. Geflüchtete aller Altersgruppen erlangten durch den Besitz eines Fahrrades größere Unabhängigkeit. Das Erlernen des Reparierens eines Fahrrads steigerte das Selbstwertgefühl der in der Gemeinschaftsunterkunft lebenden Menschen und motivierte sie zu weiterem Lernen und Erwerben von Bildung. Ganz nebenbei bietet die Fahrradwerkstatt die Chance eines ungezwungenen Erwerbs der deutschen Sprache. Direkt konnten mit der Fahrradwerkstatt 500 Menschen erreicht werden. Einer der hauptverantwortlichen Fahrradmechaniker, der ebenfalls einen Fluchthintergrund hat, macht inzwischen in einem örtlichen Fahrradgeschäft eine Ausbildung zum Zweirad-Mechatroniker. Eine Evaluation wurde durch die eigene Organisation durchgeführt.

Das Projekt wurde mit dem 1. Preis ausgezeichnet.

Adresse: Herr Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt / Frau Dr. Katharina Uhsadel •
Untermainanlage 5 • 60329 Frankfurt am Main
☎ (069) 78988915 📠 (069) 789889915 ✉ uhsadel@sptg.de
🌐 www.sptg.de

Titel: Willkommenstage in der frühen Elternzeit

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Die Willkommenstage in der frühen Elternzeit sind ein Kooperationsprojekt der Polytechnischen Gesellschaft Frankfurt am Main und vier Frankfurter Familienbildungsstätten in unterschiedlicher Trägerschaft - unterstützt von der Stadt Frankfurt am Main. Die Willkommenstage richten sich schwerpunktmäßig an Familien mit besonderen Belastungen, die nicht von sich aus auf die bestehenden Angebote in der frühen Elternzeit zurückgreifen - beispielsweise an besonders junge Mütter, Familien in einer schwierigen finanziellen oder sozialen Situation, Eltern ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung oder mit geringen Deutschkenntnissen. Der Zugang zu dieser Zielgruppe wird über Fachleute wie Hebammen, Frauen- und Kinderärzte oder Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter vermittelt, die rund um die Geburt der Kinder mit den Familien in Kontakt stehen. Mit dem Projekt werden Familien aktiv angesprochen, die Unterstützung benötigen, von sich aus aber die Angebote der Familienbildung oft nicht nutzen. Es ist ein präventiv ausgerichtetes Programm, das aus drei Säulen besteht: Hausbesuche (Beziehungsaufbau), Willkommenssamstage (Informationsvermittlung) und Müttercafés (Vernetzung). Die Familienbegleiterinnen besuchen die teilnehmenden Familien regelmäßig zu Hause und unterstützen sie in Alltags- und Erziehungsfragen. Zu den Willkommenssamstagen wird die ganze Familie in die Familienbildungsstätte eingeladen. Dort erhalten sie gut verständliche und wichtige Informationen über die ersten 12 Lebensmonate des Kindes. Die Müttercafés bieten Gelegenheit, Kontakte zu den anderen Familien des Projektes zu knüpfen. Ziel der Willkommenstage ist es, die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz und in der Eltern-Kind-Bindung zu stärken. Durch die Mischung von Komm- und Gehstrukturen, die Förderung der Vernetzung der Familien untereinander und das Angebot, die Familienbildungsstätte als längerfristige Anlaufstelle zu nutzen, sind die Willkommenstage ein beispielhaftes Angebot an Familien in schwierigen Lebenssituationen.

Ergebnis

Das verstetigte Projekt läuft bereits seit Januar 2008 und feiert dieses Jahr sein zehnjähriges Jubiläum. Jedes Jahr können 36 Familien in die Willkommenstage aufgenommen werden. Bisher (Stand: März 2017) haben in 18 Durchgängen 207 Familien mit 696 Familienmitgliedern teilgenommen. Darüber hinaus konnten 371 weitere Familien von Fachkräften an die Willkommenstage vermittelt und dann von Familienbegleiterinnen an noch passgenauere Angebote weitergeleitet und in dieser Phase sehr intensiv betreut werden. Das Projekt wurde umfassend evaluiert, zuletzt (2013 - 2015) durch die Haushaltsökonomin und Familiensoziologin Frau Prof. Dr. Uta Meier-Gräwe von der Universität Gießen. Sie kommt in ihrem Abschlussbericht zu dem Ergebnis, „dass es sich bei den `Willkommenstagen in der frühen Elternzeit` um eine kluge und zukunftsweisende Investition in die Humanressourcen der Stadtgesellschaft Frankfurt handelt.“

Das Projekt wurde mit dem 3. Preis ausgezeichnet.

21) **Universitätsstadt Marburg – Fachdienst Sport**

Adresse: Herr Björn Backes • Leopold-Lucas-Straße 46b • 35037 Marburg
☎ (06421) 2011180 📠 (06421) 2011188
💻 sport@marburg-stadt.de
🌐 <http://sport.marburg.de>

Titel: Nachtsport für Jugendliche

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Der Nachtsport in Marburg versteht sich als eine Alternative bzw. Ergänzung zum Vereinssport und erreicht vornehmlich Jugendliche aus sozial schwächeren Schichten und/oder Familien mit Migrationshintergrund. Als neue Zielgruppe wurden geflüchtete Menschen und Frauen, die in einer männerdominanten Umgebung aufwachsen, ausgemacht. Den jungen Menschen soll hier eine Alternative zum „Abhängen“ auf der Straße geboten werden. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, mit Beginn des Wochenendes einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen und sich außerhalb „der Alkohol -und Drogenumschlagpunkte“ treffen zu können. Das Angebot findet jeden zweiten Freitag im Monat von 20.00 – 23.00 Uhr in der Sporthalle der Richtsberg Gesamtschule statt. Die Jugendlichen können hier unter Beaufsichtigung mehrerer Betreuungspersonen verschiedene Sportarten ausüben, wie z.B. Fußball, Basketball, Hip Hop, Badminton usw. Nach Bedarf der Jugendlichen kann das Sportangebot auch erweitert und ausgebaut werden. Einmal im Jahr findet außerdem ein Nachtsportturnier im Fußball und Basketball statt. Anlässlich dieses Events treten immer 200-250 Kinder und Jugendliche gegeneinander an.

Ergebnis

Der Nachtsport findet ununterbrochen seit 10 Jahren regelmäßig mit einer Besucherzahl von ca. 30 Jugendlichen statt. Dabei ist anzunehmen, dass ein positiver Einfluss durch die regelmäßige Teilnahme am Nachtsport gegeben ist, der eine sinnvolle Alternative zum Abhängen und Suchtmittelkonsum darstellt. Als offenes Freizeitangebot ohne Konsumzwang und finanzielle Bedingungen bietet er insbesondere auch Jugendlichen aus sozial schwächeren Verhältnissen Zugang zum Sport und die Möglichkeit, Freundschaften zu schließen.

22) Wildwasser Gießen

Adresse: Frau Martina Aleweld • Zum Quellenpark 54 • 65812 Bad Soden
☎ (0172) 8290546
✉ familienzentrum-badsoden@web.de
🌐 www.familienzentrum-badsoden.de

Titel: „Keiner darf Mädchen missbrauchen“ - Mädchenbroschüre

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Wildwasser Gießen e.V. ist eine Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch und richtet sich unter anderen an betroffene Mädchen und Jungen. Die Mädchenbroschüre „Keiner darf Mädchen missbrauchen“ gibt es bereits seit 16 Jahren. In Zusammenarbeit mit einer Mädchengruppe von den Mädchenaktionstagen, die im Jahr 2001 stattfanden, wurde ein Rap verfasst, der für die Mädchenbroschüre vorgesehen war. Darüber hinaus orientierte sich der Inhalt der Broschüren an den Fragen, die Mädchen im Alter von 13-18 Jahre zum Thema sexuellen Missbrauch hatten und an den Inhalten und Themenschwerpunkten aus der Beratung mit betroffenen Mädchen.

Die 1. Ausgabe der Mädchenbroschüre wurde insgesamt 2000-mal gedruckt. Im Jahr 2010 wurde die Broschüre unverändert 2000-mal nachgedruckt. Da die Nachfrage von Seiten der Schulen und der Jugendarbeit sehr hoch war, gibt es nur noch wenige Exemplare. Die Idee des Projektes ist, die Mädchenbroschüre zu aktualisieren und erneut in einer hohen Anzahl als Printmedium für die Stadt und den Landkreis Gießen zur Verfügung zu stellen. Die inhaltliche Überarbeitung soll in Zusammenarbeit mit betroffenen Mädchen aber auch Mädchen aus regionalen Gruppen erfolgen. Der Fokus soll u.a. auf dem Thema sexualisierte Gewalt im Internet liegen. Gemeinsam mit den Mädchen sollen Fragen erarbeitet werden, die in der Broschüre aufgegriffen werden. Daneben sollen kreative, gestalterische Beiträge von Mädchen an Mädchen ihren Platz finden.

Ergebnis

Bei dem Projekt handelt es sich um ein seit 2001 laufendes, ständiges Angebot. Die Broschüre wird bis heute in der Präventionsarbeit an Schulen in der Stadt und im Landkreis Gießen genutzt. Rückmeldungen aus der pädagogischen Praxis, von Jugendlichen und von Eltern ergaben, dass Jugendliche mehr Informationen bezüglich des Themas benötigten um in ihrer eigenen Persönlichkeit gestärkt zu werden, sexuellen Missbrauch erkennen und bewerten zu können und um Handlungskompetenzen entwickeln, eigene Grenzen wahrnehmen und benennen zu können, aber auch zu wissen, was sie tun können, wenn sie von Gewalt betroffen sind oder waren. Eine Evaluation erfolgte durch Wildwasser Gießen e.V.

Adresse: Frau Dr. Christine Raupp • Dostojewskistraße 10 • 65187 Wiesbaden
☎ (0611) 808619 📠 (0611) 846340 📧 info@wildwasser-wiesbaden.de
🌐 www.wildwasser-wiesbaden.de

Titel: TREASURE@net

Projektbeschreibung (Ziele und Tätigkeitsfelder)

Bei dem Medienpräventionsprojekt TREASURE@net handelt es sich um die innovative Erweiterung des Schulpräventionsprojekts „Linie 8“ gegen sexuelle Gewalt von Wildwasser Wiesbaden um das Themengebiet „Risiken sexueller Gewalt und Cybermobbing durch digitale Medien“. Ziele des Projektes sind die Sensibilisierung für das Thema sexuelle Gewalt, die Vermittlung von Wissen und das Aufzeigen möglicher Unterstützungsangebote. Anfang 2015 wurde TREASURE@net erstmals als Pilotprojekt an einer Integrativen Gesamtschule durchgeführt und aufgrund der positiven Rückmeldungen ab Juni 2015 dauerhaft in das Präventionskonzept aufgenommen. Für dieses Projekt wurde ein interaktives Spiel entwickelt, durch das die Teilnehmenden spielerisch mit den Risiken digitaler Medien vertraut gemacht und ihnen schützende Handlungsweisen vermittelt werden.

Das Projekt wird an 5 Schulen angeboten. Nach einem ersten Vorgespräch gibt es eine Informationsveranstaltung mit Fachkräften, einen Elternabend sowie Projektmodule für Mädchen und Jungen, die geschlechtergetrennt durchgeführt werden. Im Anschluss findet ein Evaluationsgespräch mit den Lehrkräften statt.

Ergebnis

Das Interaktionsspiel „TREASURE@net“ bietet den Schülerinnen und Schülern durch die Vielfalt von Methoden die Möglichkeit, sich dem Thema sexuelle Gewalt durch digitale Medien kreativ, neugierig und selbstbestimmt zu nähern. Die Jugendlichen werden als Expertinnen und Experten angesprochen und können so „peer to peer“ auf kognitiver und emotionaler Ebene lernen. Durch das Projekt werden jährlich ca. 400 Schülerinnen und Schüler erreicht, sowie indirekt ca. 30 Lehrkräfte und 120 Eltern. Ein besonderer Fokus liegt auf der Nachhaltigkeit des Projektes, weshalb mit den Schulen eine langfristige Kooperation angestrebt wird, um Prävention zum Thema sexuelle Gewalt durch die Bindung zwischen Schule und Beratungsstelle nachhaltig zu unterstützen. Auf diese Weise können Lehrkräfte bei der Vermutung, dass eine Schülerin oder ein Schüler sexueller Gewalt ausgesetzt sein könnte, niedrigschwellig die Fachberatung von Wildwasser Wiesbaden nutzen. Eine Evaluation des Projektes erfolgte durch Wildwasser Wiesbaden selbst.

d) Jubiläumsfeier „25 Jahre Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat)“ am 26. Oktober 2017



Hessisches Ministerium der Justiz
Landespräventionsrat Hessen

EINLADUNG

25 Jahre

Sachverständigenkommission
für Kriminalprävention
der Hessischen Landesregierung
(Landespräventionsrat)

26. Oktober 2017

Justizvollzugsanstalt Wiesbaden
Holzstraße 29 - 65197 Wiesbaden



Bus:

Vom Bahnhof - Bussteig B - mit den Linien **4** (Richtung Dotzheim-Kohlheck, Simeonhaus, Polizeischule oder Langendellischlag), **27** (Richtung Dotzheim - Schietmengraben) oder **45** (Richtung Biebrich) bis zur Haltestelle „**Carl-von-Unde-Straße**“ fahren. Biegen Sie in die Straße ein, an deren Ecke sich die Tankstelle befindet. Das ist bereits die Holzstraße. Von hier aus benötigen Sie noch ca. 5 Minuten bis zur Justizvollzugsanstalt, die auf der rechten Seite gelegen ist.

Auto:

Von der **A 66** wechseln Sie an der Anschlussstelle **Schliensteiner Kreuz** auf die **A 643 Richtung Wiesbaden**. Die A 643 führt direkt nach Wiesbaden hinein. An der **ersten Ampel** biegen Sie **links** in die Waldstraße ein. Folgen Sie dem Straßenverlauf. Den Kreisverkehr (nach ca. 600 m) verlassen Sie an der zweiten Ausfahrt in die Holzstraße und folgen dem Straßenverlauf. Nach ca. 600 m sind Sie vor der Justizvollzugsanstalt angekommen, die sich **aus Fahrtrichtung auf der linken Straßenseite** befindet.

Um Antwort auf dem beiliegenden Formblatt wird gebeten bis **19.10.2017**

Landespräventionsrat bei dem

Hessischen Ministerium der Justiz
Luisenstraße 13 - 65185 Wiesbaden
Telefon (0611) 32 2709
Telefax (0611) 32 26 19

Die Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat) war der zweite Landesrat nach der Gründung des schleswig-holsteinischen im Jahre 1990. Der Hessische Landespräventionsrat besteht seit seiner Gründung im Jahre 1992 inzwischen bereits 25 Jahre. Hierauf können wir gemeinsam stolz sein und aus meiner Sicht ist dies auch ein Grund, dieses Jubiläum gemeinsam mit allen Partnerinnen und Partnern zu feiern.

Wir haben uns entschieden, die Feier in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden abzuhalten - einem Ort, an dem die Rückfallprävention eine große Rolle spielt. Besonders hervorzuheben ist hierbei eine seit 2008 bestehende Kooperation zwischen dem Förderverein JVA Holzstraße, der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden und der Kultur- und Filmproduktion INVOLVE – Dechow Freie Partner -, die ein ehrgeiziges Ziel verfolgt: Anspruchsvolle Theaterarbeit mit jungen gefangenen Männern, welche die interkulturelle Dialogbereitschaft fördern, Resozialisierungschancen stärken sowie eigenständige und hochwertige Theaterproduktionen ermöglichen soll. Im Rahmen unserer Jubiläumsveranstaltung wird das Ensemble der Werft auf der Kulturbühne in der Justizvollzugsanstalt Wiesbaden uns ihr aktuellstes Theaterstück „Die Räuber - Ein Dokumentartheater“ - nur eine Woche nach der Premiere - präsentieren.

Hierzu lade ich Sie herzlich ein.

Eva Kühne-Hörmann

Eva Kühne-Hörmann
Staatsministerin

PROGRAMM

9.30 Uhr	<i>Kaffee, Möglichkeit für erste Gespräche (Sporthalle der JVA Wiesbaden)</i>
10.00 Uhr	<i>Begrüßung</i> Eva Kühne-Hörmann Hessische Ministerin der Justiz
	<i>Festvortrag „Strafe und Prävention“</i> Prof. Dr. Dieter Rössner , Vorsitzender des Landespräventionsrates
	<i>25 Jahre Kriminalprävention in Hessen</i> Prof. Dr. Helmut Fünfsinn , geschäftsführender Vorstand des Landespräventionsrates
11.15 Uhr	<i>Buffet</i>
12.00 Uhr	<i>Theaterstück „Die Räuber - Ein Dokumentartheater“</i> Cast: Ensemble der Werft - Kulturbühne in der JVA

2. Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention

Neben der Unterstützung der kommunalen Kriminalprävention hat die Sachverständigenkommission ihre Bemühungen zur bundesweiten Implementierung des Gedankens der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention weitergeführt. Dies geschah durch die ständige Mitarbeit im Deutschen Forum für Kriminalprävention und die fortlaufende Unterstützung des Deutschen Präventionstages sowie durch die Beteiligung am bundesweiten Austausch von Präventionsideen im Rahmen der jährlichen Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte. Die Hessische Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann ist Mitglied des Kuratoriums des DFK und wirkt so an der Durchsetzung der präventiven Ideen auf Bundesebene mit. Der Vorsitzende der Sachverständigenkommission ist Beiratsmitglied des DFK und vertritt dort die Interessen aller Landespräventionsräte.

Sowohl im Rahmen des 22. Deutschen Präventionstages, welcher am 19. und 20. Juni 2017 in Hannover stattfand, als auch am 23. Deutschen Präventionstag am 11. und 12. Juni 2018 in Dresden, stellten sich eine Vielzahl hessischer kriminalpräventiver Projekte vor und erlangten bundesweite Aufmerksamkeit. Der 24. Deutsche Präventionstag wird am 20. und 21. Mai 2019 wiederum unter starker hessischer Beteiligung in Berlin stattfinden. Der 25. Deutsche Präventionstag wird erneut in Hessen, am 27. und 28. April 2020 in Kassel, ausgerichtet werden.

Durch die fortlaufende Beteiligung an den Treffen der Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Landespräventionsräte konnte der sinnvolle Informationsaustausch, der sowohl die theoretischen Grundlagen als auch die praktischen Präventionsarbeiten und hier insbesondere die bestehenden Modellprojekte betraf, aufrecht erhalten werden.

Zudem nahm die Geschäftsführerin an den bislang zwei Folgeveranstaltungen zum Berliner Symposium "25 Jahre Gewaltprävention im vereinten Deutschland - Bestandsaufnahme und Perspektiven" unter dem Titel "Strategien zur Weiterentwicklung der Gewaltprävention in der Bundesrepublik Deutschland" teil, die am 2. und 3. November 2017 und 27. und 28. November 2018 in Hannover stattfanden. Ziel dieser Veranstaltungen ist die Entwicklung einer Strategie zur Schaffung eines nachhaltigen Fundaments für die Gewaltprävention in Deutschland in den kommenden Jahren.

3. Beratung der Hessischen Landesregierung

Schließlich ist die Sachverständigenkommission in aktuellen rechtspolitischen Feldern wiederum auch dem Wunsch der Landesregierung nachgekommen, Bewertungen und Empfehlungen zu angedachten präventiven Maßnahmen abzugeben.

So beschäftigte sich die **Arbeitsgruppe I „Gewalt und Minderheiten“** weiterhin - einer Bitte des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport und des Hessischen Städte- und Gemeindebundes nachkommend - mit dem Thema **„Präventionsmaßnahmen gegen Extremismus“**. Nach Erhebung spezifischer Präventionsprojekte und der Durchführung einer Fachtagung „Hinsehen und Handeln“ erfolgten mehrere regionale Workshops. Wegen der von Jugendlichen mit Migrationshintergrund zunehmend erlebten Fremdenfeindlichkeit erhob die Arbeitsgruppe Hintergründe und mögliche Ursachen im Rahmen des Kooperationsprojektes „Fremdenfeindlichkeit unter und gegen jugendliche Migranten“ an der Ernst-Reuter-Schule in Offenbach. Aus den positiven Erfahrungen formulierte die Arbeitsgruppe bereits im Jahre 2014 folgende Empfehlung: **„Pädagogische Projekte, die sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit reflektorisch auseinandersetzen, helfen, entsprechende**

Tendenzen im Ansatz zu vermeiden und sollten deshalb gezielt gefördert werden“.

Im Zusammenhang mit dem Modell-Projekt zur stärkeren Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Kriminalprävention formulierte die Arbeitsgruppe zudem folgende Empfehlung: **„Im Bereich der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention sollte mit möglichst vielen Gruppen und Organisationen auf Augenhöhe und eng zusammengearbeitet werden. Eine Konzentration auf eine einzelne Gruppe oder Religionszugehörigkeit kann unberechtigte Vorurteile fördern oder sogar zu einer Stigmatisierung und damit verbundenen fremdenfeindlichen Tendenzen führen.“**

Auf Wunsch des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration erarbeitete die **Arbeitsgruppe II „Gewalt im häuslichen Bereich“** bereits den Entwurf des **„Aktionsplans des Landes Hessen zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich“**, der durch Kabinettsbeschluss vom 29. November 2004 verabschiedet wurde. Die Umsetzung des am 12. September 2011 beschlossenen **2. Aktionsplans** ist seitdem die Hauptaufgabe der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt in Hessen.

Zum Stand der Umsetzung des Aktionsplans wurde im September 2014 eine Fachtagung in Wiesbaden durchgeführt, mit Beteiligung der zuständigen Ministerinnen und Minister, der Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie den rechts- und sozialpolitischen Sprecherinnen und Sprechern der im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen. Weitere Informationen über die wichtigsten Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landeskoordinierungsstelle können dem Bericht der Arbeitsgruppe II (Ziffer C, Seite 47 f.), von der sie sachverständig beraten wird, entnommen werden.

Die **Arbeitsgruppe IX „Kinderschutz“** steht seit August 2018 im Austausch mit der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Kinder- und Jugendrechte, Frau Prof. Gerarts, um unter anderem die Implementierung der Kinderrechte und des Kinderschutzes in Curriculae der Aus- und Fortbildung und die Erstellung von Präventionskonzepten von Einrichtungen und Heimen zu erreichen. Darüber hinaus soll die „Kollision der Zuständigkeit von Heimaufsicht und kommunalen Betreibern“ thematisiert und Lösungsansätze gefunden werden.

In Erfüllung des Aktionsplans des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen, welcher am 16. April 2012 vom Kabinett der Hessischen Landesregierung beschlossen wurde und maßgeblich von den Empfehlungen der Arbeitsgruppe geprägt ist und durch diese initiiert wurde, fand am 15. August 2018 ein Fachkongress in Kassel zum Stand der Umsetzung statt. Die Umsetzung wird somit weiterhin durch die Arbeitsgruppe begleitet und durch sachverständige Empfehlungen unterstützt.

Durch die Arbeitsgruppe wurden zudem Empfehlungen, welche die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz und die Hessische Landesverfassung betreffen, erarbeitet und im Juli 2016 der Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ zur Verfügung gestellt. Einzelheiten können dem Bericht der Arbeitsgruppe (Ziffer J, Seite 61 f.) entnommen werden. Sämtliche Empfehlungen wurden durch die Enquetekommission aufgegriffen. Am 28. Oktober 2018 haben schließlich die Wahlberechtigten mit einer großen Mehrheit die Ergänzung des Artikels 4 der Verfassung zur Stärkung der Kinderrechte angenommen.

In der **„Expertenkommission zur Verbesserung der rechtlichen und tatsächlichen Instrumentarien zur Bekämpfung der Jugendkriminalität“**, die im Jahr 2008 auf Veranlassung des hessischen Justizministers eingesetzt worden ist, war der Landespräventionsrat durch mehrere Sachverständige - angeführt vom damaligen Vorsitzenden Prof. Dr. Rössner - vertreten, so dass eine ein-

gehende Untersuchung auch des Präventionsbereichs gewährleistet war. Die Kommission, verfolgte das Ziel, Qualität und Effizienz in allen Abschnitten des Jugendverfahrens zu steigern. Sie legte im August 2008 ihren Abschlussbericht vor, in dem unter anderem die Implementierung von Häusern des Jugendrechts empfohlen wurde. Auch bei der anschließenden Einrichtung dieser Projekte in Wiesbaden, Frankfurt am Main-Höchst und Frankfurt am Main-Nord wirkte der Landespräventionsrat mit und gewährleistete eine Vernetzung mit den städtischen Präventionsräten sowie eine Stärkung der Präventionsarbeit vor Ort. Seit dem Jahr 2016 werden die Planungen für die Einrichtung weiterer Häuser des Jugendrechts in Hessen vorangetrieben, wobei als Standorte Offenbach am Main, Hanau, Kassel sowie –über die vorhandenen Einrichtungen hinaus – Frankfurt am Main vorgesehen sind.

Der vor dem Hintergrund der steigenden Flüchtlingszahlen durch den Hessischen Ministerpräsidenten im Oktober 2015 einberufene **Asylkonvent**, bei welchem der Landespräventionsrat durch den Vorsitzenden Herrn Prof. Dr. Fünfsinn vertreten wird, tagte inzwischen zum 9. Male. Der vor drei Jahren ins Leben gerufene Asylkonvent ist ein wichtiges Instrument, um die richtigen Weichen bei der Integration der in Hessen bleibenden Geflüchteten zu stellen.

Die Geschäftsführerin des Landespräventionsrates wirkt zudem in der **Fachgruppe Sicherheit** mit, in welcher Präventionsmaßnahmen im Kampf gegen Extremismus und Anwerbungsversuche von Salafisten im Fokus stehen. Frau Blunck berichtete dort über die beabsichtigte Neugründung einer Arbeitsgruppe beim Landespräventionsrat, die sich mit der Thematik „Prävention von Ehrgehalt“ befasst und stellte eine Auswahl von Projekten vor, die sich an der Ausschreibung zum 10. Hessischen Präventionspreis beteiligt hatten und sich mit dem Umgang geflüchteter Menschen befassten.

Frau Reiche (Ministerbüro) berichtete über den Fortgang des Programms **„Fit für den Rechtsstaat – Fit für Hessen!“**, welches Geflüchteten in sogenannten **„Rechtsstaatsklassen“** Starthilfe in den Rechtsstaat geben soll.

Darüber hinaus trugen Herr Prof. Fünfsinn und Frau Blunck dafür Sorge, dass in einem im Rahmen des Treffens des Landespräventionsrates mit den örtlichen Gremien in Darmstadt durchgeführten Gesprächskreis die präventive Arbeit mit Geflüchteten („Präventive Arbeit zur Integration von Flüchtlingen“) erneut aufgegriffen wurde.

4. Botschafter

Die Idee der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention ist durch die Botschafter des Landespräventionsrates Sebastian Rode und Asli Bayram weiter vermittelt worden. Beide Botschafter nahmen regelmäßig Termine wahr, wobei bei diesen oft jugendbezogene Projekte im Vordergrund standen.

Wie bereits in der Vergangenheit brachten sich beide Botschafter auch in die gesellschaftliche Debatte ein.

Asli Bayram las im April 2018 bei einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Rhein-Main der deutsch-israelischen Juristenvereinigung** Auszüge aus dem Tagebuch der Anne Frank vor und besuchte im selben Monat mit der Geschäftsführerin des Landespräventionsrates die Tandem-AG der Heinrich-Böll-Schule in Hattersheim. Hintergrund dieses Besuchs war die Teilnahme der Geschäftsführerin an der Preisverleihung eines von der Hessischen Landesregierung, dem Landespräventionsrat (AG VIII, Ziffer J, S. 58 f.) und dem Deutschen Filminstitut im „Jahr des Respekts“ initiierten Wettbewerbs im Caligari-Kino in Wiesbaden am 7. November 2017, bei der die Tandem-AG mit dem 3. Preis bei dem **Schülervideo-Wettbewerb „Welcher Film läuft bei Dir ab, wenn Du an Respekt denkst?“** ausgezeichnet worden war. Seit Herbst 2016 bestehen diese Tandems, Patenschaften zwi-

schen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Fluchterfahrung. Die Tandempartner helfen sich gegenseitig, gestalten ihre Freizeit miteinander und treffen sich zum Austausch in den Pausen – ausgerichtet nach den Wünschen und Bedürfnissen jedes Einzelnen. Mit dem Besuch sollte die Arbeit der Jugendlichen und deren Lehrerin gewürdigt und sie motiviert werden, weiterhin so viel Engagement zu zeigen und somit Vorbild für andere zu sein.

Sebastian Rode, früherer U21-Nationalspieler und Fußballprofi der Frankfurter Eintracht, der soeben von Borussia Dortmund zur Eintracht Frankfurt zurückgekehrt ist, hat bei öffentlichen Terminen wie bereits in der Vergangenheit immer wieder für einen respektvollen und gewaltfreien Umgang miteinander, insbesondere bei Jugendlichen, geworben. Am 15. Juli 2017 besuchte er gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Landespräventionsrates das Sommerfest der **Lorscher Turnvereinigung TVGG Lorsch**, an dem auch das in Lorsch lebende Team junger Geflüchteter aus Eritrea teilnahm. Rode erzählte den jungen Fußballern von seiner Arbeit als ehrenamtlicher Präventionsbotschafter und diskutierte mit ihnen intensiv über Fairplay und Gewaltprävention. Abschließend beantwortete er die Fragen der Fußballer und signierte Trikots, Autogrammkarten, Rucksäcke und Fußbälle. Im Februar 2018 eröffnete Sebastian Rode zudem das Auftaktturnier des kriminalpräventiven Projekts der Universität Marburg „**Marburger Nachtsport**“ und wies auch dort auf die Bedeutung des Fairplays im Sport hin. Für das Hallenfußballturnier der Kinder- und Jugendförderung Reinheim stellte er im März 2017 und März 2018 jeweils Grußworte zur Verfügung.

5. Internetauftritt

Der Landespräventionsrat ist seit 26. April 2004 online.

Unter **www.landespraeventionsrat.hessen.de** können neben Informationen zum Landespräventionsrat selbst auch solche zu allen Arbeitsgruppen, den örtlichen Präventionsgremien und zu verschiedenen Terminen abgerufen werden. Weiterhin finden sich auf der Internetseite Links zu anderen Präventionsgremien auf Bundes- und Länderebene.

B.
ARBEITSGRUPPE I
„GEWALT UND MINDERHEITEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:	Kathrin Rahn , Polizeipräsidium Südhessen
Geschäftsführer:	Thomas Lorenz , Hessisches Landeskriminalamt

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Bär , Monika	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Abteilung –Integrationspolitik- (bis Mai 2017)
Czymai , Rita	LandesFrauenRat Hessen
Erfiliz , Fahri	Polizeipräsidium Südhessen, Migrationsbeauftragter
Georgy , Dr. Philipp	Hessisches Ministerium der Justiz, Strafrechtsabteilung
Gomes , Julius	Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen
Gutmark , Dr. Jakob	Landesverband der jüdischen Gemeinden in Hessen
Kawa , Hangama	Hessisches Sozialministerium, Integrationsabteilung (seit Juni 2018)
Klotz , Bernd	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Lipsch , Andreas	Interkultureller Beauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau
Marincola , Franco	CGIL-Bildungswerk Frankfurt
Michna , Dr. Hans-Achim	Hessisches Sozialministerium, Integrationsabteilung (seit Juni 2017)
Mokhtari , Mimoun	Hessisches Landeskriminalamt, Landesmigrationsbeauftragter
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Hessischer Jugendring, Sportjugend Hessen
Ullmann , Roland	Polizeipräsident, Polizeipräsidium Südosthessen

Die Arbeitsgruppe tagte am 28. Juni 2017, 5. Oktober 2017, 22. März 2018 und am 4. September 2018.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit dem Schwerpunktthema **Prävention von Extremismus** unter mehreren Gesichtspunkten.

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Gewalt und Minderheiten“ des Landespräventionsrates befasst sich seit langem auch mit dem Thema **Prävention von Rechtsextremismus**. Nach Erhebung spezifischer Präventionsprojekte und der Durchführung einer Fachtagung „Hinsehen & Handeln“ (Dokumentation siehe www.landespraeventionsrat.hessen.de - Menüpunkt „Termine“), erfolgten mehrere regionale Workshops.

Aufgrund von häufigen Erfahrungsberichten über zunehmende **Fremdenfeindlichkeit unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund**, erhob die AG Hintergründe und mögliche Ursachen in dem Kooperationsprojekt „**Fremdenfeindlichkeit unter und gegen jugendliche Migranten**“ an der Ernst-Reuter-Schule in Offenbach.

Aus den positiven Erfahrungen daraus formulierte die AG 2014 folgende Empfehlung, die nach wie vor Gültigkeit besitzt:

→ **Pädagogische Projekte, die sich mit dem Thema Fremdenfeindlichkeit reflektorisch auseinandersetzen, helfen, entsprechende Tendenzen im Ansatz zu vermeiden und sollten deshalb gezielt gefördert werden.**

Nach den Flucht-/Migrationsbewegungen insbesondere im Jahr 2015 konnte in vereinzelt Kommunen eine verstärkt fremdenfeindliche Stimmung von Teilen der Bevölkerung wahrgenommen werden. In Abstimmung mit der AG nahm das Beratungsnetzwerk Hessen hier gezielte Beratungsangebote und Informationen zum Umgang damit für die Kommunen wahr. Ergänzend kam die AG unter Moderation von Herrn Polizeipräsidenten Ullmann dem Wunsch der Präventionsgremien in Hessen nach und organisierte einen **Workshop zum Thema Flüchtlinge „Ängste und Vorbehalte? – Sicher Miteinander!“** im Rahmen des Treffens des Landespräventionsrates mit den örtlichen Gremien im April 2016 in Baunatal.

Ebenfalls bereits vor längerer Zeit hatte die Arbeitsgruppe beschlossen, sich des Themas „**Verbesserte Integration der Muslime in kriminalpräventiven Initiativen**“ anzunehmen.

Seit 2012 konzentriert sich die AG nach Anregung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessens (agah) auf ihr **Modell-Projekt zur stärkeren Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Kriminalprävention**. Dahinter steckt die Idee, Kriminalität auf Grund von Fremdenfeindlichkeit durch eine stärkere Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten in die kommunalpräventive Arbeit ihrer Kommune vorzubeugen.

Das Pilot-Projekt in der **Stadt und dem Landkreis Offenbach** – fußend auf bereits guten bestehenden Präventionsstrukturen und vergleichsweise hohen Migranten/-innen-Anteil – kann nach sukzessiven Fachgesprächen und der begleitenden Umsetzung von Verbesserungsmöglichkeiten sowie Weiterentwicklungen zusammenfassend auf folgende Erfahrungen verweisen:

Nach einer Auswahl geeigneter Personen aus dem Migrantenkreis und der gezielten Förderung von Kompetenzen hat sich die Einbindung von Migrantenvertreterinnen und –vertretern in feste Präventionsstrukturen als sinnvoll erwiesen. Ein grundlegender Schritt umfasste die (Re-)Aktivierung eines Präventionsrates, welcher sich insbesondere für die Finanzierung von Präventionsprojekten über verschiedene Landes-, Bundes- und EU-Mittel als Konzeptentwickler und „Kopf“ bewährt hat. Die Aufnahme des Vorsitzenden des Ausländerbeirates der Stadt Offenbach als festes Mitglied in die Lenkungsgruppe des Präventionsrates der Stadt Offenbach stellte einen ebenso wichtigen Punkt dar wie die Einrichtung eines Kreispräventionsrates im Landkreis Offenbach mit dem Kreisausländerbeirat als Gründungsmitglied. Fünfzehn Präventionslotsen, die durch den Arbeitskreis „Sicherheit für alle“ und das Polizeipräsidium Südosthessen ausgebildet wurden, sind inzwischen aus ihren Migrantenorganisationen/-vereinen heraus erfolgreich in beratender Funktion tätig.

Die ins Leben gerufene Arbeitsgruppe „Aggression und Extremismus“ unter Federführung des Landrates und des Kreisausländerbeirates kann gute und wichtige Ergebnisse in der Zusammenarbeit mit örtlichen Präventionsgremien, Vereinen, Integrationsstellen etc. vorweisen. Die Herausforderung besteht darin, dass Migranten/-innen zum überwiegenden Teil jedoch nicht in Vereinen o.ä. organisiert sind und die von Migrantenorganisationen aufgeführten Problemstellungen nicht unbedingt denen der

nicht organisierten Migranten entsprechen. Daher sollten Möglichkeiten zur Kontaktpflege außerhalb von Vereinen oder Organisationen wie Schulen (Jugend- und Elternarbeit) genutzt werden.

Als erfolgversprechendste Schritte im Beteiligungsprozess haben sich erwiesen: **Vertrauen gewinnen - Kompetenzsteigerung – Partizipation**. Aufgrund der vielfältigen Problemlagen des täglichen Lebens stehen Präventionsthemen zunächst nicht im unmittelbaren Fokus. Ein Interesse hierfür erwächst erst, wenn gewisse Themen – vornehmlich im Bereich Drogen, Spielsucht oder Umgang mit sozialen Medien – präsent sind.

➔ **Damit sind bei den Migrantinnen und Migranten die gleichen Präventionsthemen im Fokus, wie bei den anderen Bevölkerungsgruppen.**

Wiederholt bestätigt hat sich im Projektverlauf die Empfehlung der AG an die Landesregierung:

➔ **Im Bereich der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention sollte mit möglichst vielen Gruppen und Organisationen auf Augenhöhe und eng zusammengearbeitet werden. Eine Konzentration auf eine einzelne Gruppe oder Religionszugehörigkeit kann unberechtigte Vorurteile fördern oder sogar zu einer Stigmatisierung und damit verbunden fremdenfeindlichen Tendenzen führen.**

Die AG verfolgt nun die Verfestigung der erzielten Erfolge und die Weiterentwicklung durch engen Kontakt mit den Projektbeteiligten weiter.

Fortführend wird die AG über Möglichkeiten und Wege beraten, diese Projekterfahrungen als landesweite Empfehlungen umzusetzen sowie an der Zielstellung festhalten, das Modell-Projekt zur stärkeren Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der kommunalen Kriminalprävention auf weitere Regionen in Hessen auszuweiten. Hierzu haben bereits erste Sondierungsgespräche stattgefunden.

Unterstützung der kommunalen Präventionsgremien

Erfolgreich konnte das **Stadterkundungsprojekt** der AG am 26. April **2018 im Odenwald-Kreis (Erbach) fortgesetzt** werden. Im Rahmen einer erstmals halbtags durchgeführten Veranstaltung in der Polizeidirektion Odenwald zu der Thematik „**Netzwerke von kommunaler Kriminalprävention und bürgerschaftlichem Engagement**“ wurden Präventionsprogramme für Kinder, Jugendliche, Heranwachsende und Senioren sowie die vielschichtige ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit im Odenwaldkreis vorgestellt.

Gerichtet an Fachkräfte aus der Freiwilligenarbeit und aus den Kommunalverwaltungen sowie an kommunale Präventionsgremien, konnte die Veranstaltung ein gelungenes Bild vom Miteinander integrierender und präventiver Projekte bieten. Beispielhaft sei hier das seit 01. Oktober 2013 bestehende Projekt „Krisenunterstützung Migration Odenwald“ (KUMO) genannt. KUMO steht für zwölf ausländische, ehrenamtlich tätige Mitbürger, die in schweren Notlagen (insbesondere Todesfälle) die Einsatzkräfte von Rettungsdienst, Feuerwehr, Polizei und Notfallseelsorge/ Krisenintervention begleiten und unter anderem unterstützen, sprachliche Barrieren und kulturelle Unterschiede zu überwinden.

Die ca. 40 teilnehmenden Personen der Veranstaltung profitierten von verschiedenen Vorträgen und nutzten im Anschluss daran die Möglichkeit zum wichtigen fachlichen Austausch. Auch zukünftig plant die AG, Stadt- bzw. Kreiserkundungen als Plattform hinsichtlich kommunalpräventiver Themen in einem „anderen“ Rahmen und mit einer neuen Methodik bzw. in ähnlicher Form in weiteren geeigneten Gemeinden fortzuführen.

C.
ARBEITSGRUPPE II
„GEWALT IM HÄUSLICHEN BEREICH“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende	Prof. Dr. Margrit Brückner , Frankfurt University of Applied Science Prof. Dr. Monika Simmel-Joachim , Hochschule RheinMain Wiesbaden
Geschäftsführerin	Cornelia Schonhart , Landeskoordinierungsstelle für Häusliche Gewalt

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Brossette , Udo	Täterberater, pro familia Darmstadt
Hauptmann , Götz	Hessischer Landkreistag
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Meier , Tina	Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser
Morr , Christine	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Schalk , Maria-Theresia	Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen
Scholz , Eva	Hessischer Städte- und Gemeindebund
Schöninger , Verone	Deutscher Kinderschutzbund
Schroll , Rita	Hessisches Koordinationsbüro für behinderte Frauen
Börsch , Ute	Landesarbeitsgemeinschaft hessischer Frauenbüros
Stegmann , Karin	Hessischer Städtetag (bis Juli 2017)
Steinhauser , Gisela	Landesarbeitsgemeinschaft Beratung/Interventionsstellen
Siegmann , Karin	Hessischer Städtetag (seit Juli 2017)
Zubrod , Annell	Hessisches Ministerium der Justiz

Die Arbeitsgruppe tagte am 16. Februar 2017, 29. Juni 2017 und 24. Oktober 2017, 13. März 2018, 19. Juni 2018 und 1. November 2018

Vorbemerkung

Seit Einrichtung der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt im Hessischen Ministerium der Justiz zum 1. Februar 2006 unterstützt die Arbeitsgruppe als Sachverständigenbeirat die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt. Um dieser Rolle gerecht zu werden, hat sie sich - bereits in den letzten beiden Berichtszeiträumen - umstrukturiert und personell zu einer Kern-/Steuerungsgruppe verkleinert, deren Mitglieder die Fachrichtungen widerspiegeln, die vom Landesaktionsplan zur Bekämpfung der Gewalt im häuslichen Bereich angesprochen sind.

Schwerpunkte als Sachverständigenbeirat der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt

Die Arbeitsgruppe begleitet und unterstützt als Sachverständigenbeirat die Arbeit der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt. In regelmäßigen Sitzungen informieren die einzelnen im Beirat vertretenen Mitglieder über aktuelle Entwicklungen in ihren Bereichen und diskutieren gemeinsam mit der Leiterin der Landeskoordinierungsstelle anstehende Probleme und durchzuführende Aktivitäten.

In diesem Zusammenhang begleitet die Arbeitsgruppe auch die jährlich von der Landeskoordinierungsstelle durchgeführten Fachtagungen. Im Berichtszeitraum fand eine Fachtagung am 28. September 2017 mit 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu dem Thema „Brücken bauen – Gespräche führen im professionellen Kontext im Arbeitsfeld häuslicher Gewalt“ und eine Fachtagung am 26. September 2018 mit 140 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu dem Thema „Chancen und Gefahren sozialer Medien im Kontext häuslicher Gewalt“ statt.

Seit dem Jahr 2007 treffen sich die Arbeitsgruppe II und die Leiterin der Landeskoordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt regelmäßig mit Vertreterinnen und Vertretern aller Runden Tische gegen häusliche Gewalt in Hessen. Das jährlich stattfindende Treffen soll den Arbeitskreisen zum einen die Möglichkeit für einen ständigen Erfahrungsaustausch und eine Verlinkung untereinander, aber auch für eine Reflektion über die Gestaltung und Arbeitsweise der Runden Tische geben. Zum anderen können durch einen Themeninput Anregungen für die weitere praktische Arbeit im örtlichen Arbeitskreis gegeben werden. Schwerpunktthemen waren im Jahr 2017 „Umgang mit Hochrisikofällen bei häuslicher Gewalt – Gefährdungseinschätzung und Fallmanagement“ und im Jahr 2018 „Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“.

Weiterhin fanden in 2017 und 2018 jeweils dreitägige interdisziplinäre Fortbildungen zum Thema Häusliche Gewalt und Stalking und ein interdisziplinärer Workshop zum Thema „Umgangsrecht in Fällen häuslicher Gewalt“ statt.

Ferner hat die Landeskoordinierungsstelle die hessischen Täterberater unter dem Vorsitz von Herrn Udo Brossette, dem Vertreter der hessischen Täterberater in der Arbeitsgruppe „Gewalt im häuslichen Bereich“, bei der Organisation der jährlichen Vernetzungstreffen unterstützt.

Die Interventionsstellen gegen häusliche Gewalt werden einmal jährlich zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen.

Der Erfahrungsaustausch der Sonderdezernenten häusliche Gewalt bei den Staatsanwaltschaften findet alle zwei Jahre statt.

Die Arbeitsgruppe entscheidet über die Einrichtung sowie die thematische Besetzung von Unterarbeitsgruppen und formuliert die entsprechenden Arbeitsaufträge.

Schwerpunktthema der AG II ist aktuell die **Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt**. Die Konvention ist zum 1. Februar 2018 in Kraft getreten.

Dieses Übereinkommen ist das umfassendste internationale Abkommen, das sich die Bekämpfung dieser Art von Menschenrechtsverletzungen zum Ziel setzt. Mit der Maßgabe „Null Toleranz für Gewalt“ leistet das Übereinkommen einen wichtigen Beitrag dazu, Europa ein Stück weit sicherer zu machen. Die Eckpfeiler der Konvention sind die Bereiche Gewaltprävention, Opferschutz sowie Strafverfolgung.

D.
ARBEITSGRUPPE III
„PRÄVENTION FÜR ÄLTERE MENSCHEN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:	Daniela Winkler , Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt (seit März 2017) Dr. Karl-Heinz Bernard , Präsident des AG Frankfurt (bis März 2017)
Geschäftsführerin:	Dr. Katarzyna Zborowska , Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder:

Bertelsmeier , Petra	Ltd. Oberstaatsanwältin a.D.
Breukel , Gerd	Seniorenbeirat Wetteraukreis
Dr. Goedel , Ursula	Ltd. Oberstaatsanwältin a.D.
Groß , Dr. Karl-Heinz	Ministerialdirigent a.D.
Gussmann , Volker	Nursing Consulting
Kleinau , Andreas	Direktor der R+V Versicherung a.D.
Klingelhöfer , Renate	Landesseniorenvertretung Hessen
Krampen , Regine	Regierungspräsidium Gießen
Prof. Dr. Kreuzer , Artur	Em. Universität Gießen
Opfermann , Claus	Hessisches Landeskriminalamt
Richter , Ulrike	Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Stahnke , Heike	Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main
Steen-Helms , Helga	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Walter , Nina	Landesärztekammer Hessen
Zenz , Prof. Dr. Dr. Gisela	Em. Universität Frankfurt am Main

Die Arbeitsgruppe tagte am 21. Februar 2017, 31. Mai 2017, 11. Juli 2017, 4. Oktober 2017, 6. Dezember 2017, 21. Februar 2018, 26. April 2018, 5. Juli 2018, 22. August 2018, 28. September 2018 und 13. November 2018.

Der frühere Vorsitzende, Herr Dr. Bernard, hat den Vorsitz der Arbeitsgruppe im Mai 2017 niedergelegt. Das Amt wurde von der vormaligen Geschäftsführerin, Frau Daniela Winkler übernommen.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich weiterhin intensiv mit dem Schutz älterer Menschen vor Eigentums- und Vermögensdelikten, insbesondere in Gestalt des sogenannten „Enkeltricks“ oder des Auftretens falscher Polizeibeamter. Der Schwerpunkt lag hierbei auf der Sensibilisierung und Schulung von Bankmitarbeiterinnen und –mitarbeitern, die im Einzelfall den Eintritt eines Schadens durch täuschungsbedingte Geldabhebungen oder Überweisungen noch verhindern können. Zu diesem Zweck hat die Arbeitsgruppe sich intensiv mit der Präventionsarbeit des Hessischen Landeskriminalamts im Bereich der Seniorenprävention beschäftigt. In Abstimmung mit dem Hessischen Landeskriminalamt wurde im Anschluss ein Informationsschreiben an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unmittelbarem Kundenkontakt in hessischen Kreditinstituten erarbeitet (Anlage). Hierbei wurde ein besonderes Augenmerk auf das Spannungsverhältnis zwischen dem Schutz älterer Menschen vor Eigentums- und

Vermögensdelikten und deren Autonomie einerseits sowie den Pflichten der Bankmitarbeiterinnen und Bankmitarbeiter andererseits gelegt. Das fertige Informationsschreiben wurde im Oktober 2018 über das Hessische Landeskriminalamt an die Bankenverbände mit der Bitte übersandt, dieses an die Kreditinstitute zwecks Weitergabe an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuleiten. Das Schreiben ist auch im Internet abrufbar unter: <https://landespraeventionsrat.hessen.de/landespraeventionsrat/arbeitsgruppen/praevention-fuer-aeltere-menschen>

Ein weiterer Aspekt der Beratungen der Arbeitsgruppe lag in der Prüfung der Fortbildungsangebote für die Justiz zu den Themenfeldern Pflege und Betreuung. Die Tagung „Gewalt in der Pflege“ fand im Herbst 2018 unter Mitwirkung von Mitgliedern der Arbeitsgruppe statt. Aus dem Kreis der Teilnehmenden, der auf Anregung der Arbeitsgruppe auf Angehörige der Polizei erweitert wurde, gab es durchweg positive Rückmeldungen. Die Justizakademie erwägt daher eine Fortführung des Tagungsangebots ab dem Jahr 2020.

Wieder aufgegriffen wurde auch die Frage der Einrichtung eines Pflegebeauftragten, dem unter anderem die Aufgabe einer unabhängigen Ombudsstelle zukommen soll, bei der auch anonym Missstände in der Pflege angezeigt werden könnten. Die Arbeitsgruppe hat sich mit den insoweit bereits bestehenden Strukturen in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Berlin beschäftigt und erachtet die Einrichtung eines Pflegebeauftragten in Hessen nach wie vor für notwendig, weshalb in naher Zukunft erneut mit diesem Anliegen an die zuständigen Stellen herangetreten werden soll. Im Rahmen der zukünftigen Beratungen sollen zudem noch die rechtlichen Rahmenbedingungen, etwa die Notwendigkeit der Schaffung eines Zeugnisverweigerungsrechts in der StPO, geprüft werden.

Aktuell beschäftigt sich die Arbeitsgruppe unter Mitwirkung zweier Vertreterinnen aus der Pflegepraxis schwerpunktmäßig weiter mit der Frage der psychotherapeutischen Versorgung der Bewohner in Alten- und Pflegeeinrichtungen. Im Zuge der Beratungen hat die Arbeitsgruppe einen dringenden Bedarf für psychotherapeutische Behandlungsangebote festgestellt, der durch den Pflegenotstand und die Erweiterung des Begriffs der Pflegebedürftigkeit auf psychosoziale Problemlagen durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz noch verstärkt wird. Derzeit wird ein Positionspapier erarbeitet, in dem zum einen die Problematik und zum anderen konkrete Lösungsvorschläge dargestellt werden sollen. Die Arbeitsgruppe beabsichtigt sich im Anschluss an Krankenversicherungen, Ärztekammern, Heime und Heimorganisationen sowie weitere zuständige Stellen zu wenden.

Informationsschreiben zum Schutz älterer Menschen vor Vermögensschäden
an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit unmittelbarem Kundenkontakt in hessischen Kreditinstituten

Infolge der demografischen Entwicklung gibt es immer mehr ältere Menschen in unserer Gesellschaft. Manche von ihnen erleiden vermeidbare Vermögensschäden. Insbesondere können sie Opfer von Vermögensdelikten werden (z. B. sog. „Enkeltricks“ oder Anrufe von falschen Polizeibeamten). Gelegentlich konnten solche Straftaten vereitelt werden, wenn aufmerksame Kundenberaterinnen oder Kundenberater von Kreditinstituten Auffälligkeiten wahrnahmen und den Schaden zu verhüten halfen. In diesem Schreiben möchten wir Ihnen typische Situationen derartiger möglicher schädigender Vorgänge darlegen, auch Anregungen, wie Sie ggf. reagieren und Schädigungen vorbeugen könnten. Damit dürften nicht alle von Ihnen bereits vertraut sein. Kritische Situationen können sich vor allem ergeben, wenn Sie den Eindruck gewinnen, der ältere Kunde oder die Kundin sei womöglich einem Druck Dritter ausgesetzt. In einem solchen Fall werden Sie immer unterschiedliche Interessen abzuwägen haben, ehe Sie einem etwaigen Verdacht nachzugehen versuchen: Zu wahren sind die Vertraulichkeit im Kundenkontakt und das Bankgeheimnis; ebenso sind die grundsätzliche Selbständigkeit und personale Würde von Kunden zu respektieren; aber Kreditinstitute haben auch eine Sorgfaltspflicht, Kunden vor erkennbaren und vermeidbaren Schädigungen zu schützen.

Ausführliche Informationen zu Betrugsformen finden Sie unter: www.polizei-beratung.de

Wie können Sie als Mitarbeiter/in erkennen, ob es sich um einen möglichen Betrug oder andere für ältere Kunden schädigende Situationen handelt?

Alarmzeichen können etwa sein:

- für diese Kunden oder Kundinnen außergewöhnliche Geldtransaktionen
- nicht nachvollziehbare Konten- oder Depotauflösung
- Forderung nach außergewöhnlich schneller Bearbeitung oder hektisches, fahriges Kundenverhalten
- unklare oder widersprüchliche Angaben über den Verwendungszweck
- Äußerungen, man könne oder dürfe nichts über den Anlass oder Zweck sagen
- Begleitung des Kunden durch eine Ihnen nicht bekannte jüngere Person, die den Vorgang intensiv beobachtet.

Was können Sie tun?

In solchen schwierigen Situationen lassen sich meist einfühlsam Wege finden, die Lage abzuklären, ohne direkt über den Verdacht zu sprechen und das Vertrauen zu beeinträchtigen. Einige Beispiele:

- **Sprechen Sie mit dem Kunden oder der Kundin:** Besteht entsprechende Vertrautheit, sprechen Sie Zweifelsfragen direkt an. Im Kontakt am Schalter können Sie vorschlagen, in einem separaten Raum vertraulich weiter zu sprechen; insbesondere bei großen Geldabhebungen sollte besondere Vertraulichkeit gewährleistet werden. Bei telefonischen Aufträgen bietet sich das Angebot eines persönlichen Gespräches in der Geschäftsstelle „bei einer Tasse Kaffee“ an. Schon scheinbar harmlose Rückfragen nach dem Anlass der ungewöhnlichen Geldsumme oder der Eilbedürftigkeit können zielführend sein (Neugierfrage: „Gibt es etwas zu feiern?“ – „Wo brennt es denn?“).
- **Bieten Sie Alternativen an:** Anstelle der erwünschten Auszahlung können Sie im Falle eines mutmaßlichen „Enkeltricks“ eine andere Zahlungsform wie eine Überweisung empfehlen. Oder Sie bieten an, als Kundenberater selbst bei dem Angehörigen des Kunden, der angeblich in Not ist, telefonisch nachzufragen. Hierbei ist darauf zu achten, die dem Kunden bisher vertraute, keineswegs die von dem Verdächtigen benannte Telefonnummer zu benutzen.
- **Sprechen Sie gezielt über bekannte Betrugsformen:** Sinnvoll kann es sein, Kunden direkt zu fragen, ob sie von typischen Betrugereien wie „Enkeltricks“, Machenschaften angeblicher Polizeibeamter oder Anrufen unter einer vorgeblichen Notrufnummer wüssten.
- **Verschaffen Sie sich Zeit und klären Sie soweit möglich die Lage:** Versuchen Sie, die Bearbeitung hinauszuzögern und um etwas Geduld für eine nötige Klärung zu bitten. Klären Sie sodann mit Vorgesetzten oder durch Rückfragen bei der Polizei die Lage. Bei Unklarheiten über eine bestehende rechtliche Betreuung oder deren Reichweite prüfen Sie, ob Ihrem Kreditinstitut eine entsprechende Mitteilung vorliegt. Bei Bedenken hinsichtlich Vollmachten, die von Dritten vorgelegt werden, könnte sich eine telefonische Rückfrage beim Kontoinhaber empfehlen.
- **Gehen Sie auf Nummer sicher:** In dringend erscheinenden Lagen wie der verdächtigen Begleitung und Kontrolle des Kunden durch einen Dritten lösen Sie die Raumüberwachung aus – sofern diese nicht ohnehin läuft – und schalten Sie die Polizei ein.

Im Verdachts- oder Zweifelsfall wählen Sie die 110.

E.
ARBEITSGRUPPE IV
„JUGENDKRIMINALITÄT“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende: Kerstin **Reckewell**,
Staatsanwaltschaft Darmstadt

Geschäftsführer: Dr. Philipp **Georgy**,
Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder:

Czeka , Franziska	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Opfermann , Claus	Hessisches Landeskriminalamt
Hülshorst , Andrea	Amtsgericht Frankenberg (Eder)
Rahn , Heinz	Jugendamt Bad Homburg v.d.H.
Ristau , Ulrike	Rechtsanwältin
Wittkowski , Axel	Justizvollzugsanstalt Wiesbaden
Zinke , Susanne	DVJJ Hessen/Präventionsrat Kassel

Die Arbeitsgruppe tagte am 3. März 2017, 27. Juli 2017, 10. November 2017, 2. März 2018, 13. Juli 2018

Die Arbeitsgruppe IV hat sich im hier interessierenden Zeitraum mehrfach mit dem von ihr initiierten Projekt mit dem Arbeitstitel **„Frühintervention für erst auffällige Jugendliche und heranwachsende Beschuldigte, Angeklagte und Straftäter im Strafverfahren“** des Vereins für Haftentlassenenhilfe e.V. Frankfurt am Main, der für die Umsetzung der Idee gewonnen werden konnte, beschäftigt und die Überlegungen des Vereins (auch konzeptionell) begleitet. Diese Maßnahme soll das Spektrum jugendstrafrechtlicher Sanktionen/erzieherischer Auflagen in sinnvoller Weise ergänzen. Ziel des Programms ist die Entmystifizierung von Hafterfahrungen und der Erwerb einer – im wesentlichen emotionalen – Kompetenz zur Durchbrechung von Handlungsimpulsen in Richtung auf die Begehung von Straftaten. Noch in der Planungsphase stellte der Vorsitzende des Vereins für Haftentlassenenhilfe e.V. Frankfurt am Main das Projekt im Rahmen der Fortbildungsveranstaltung „Jugendstrafrecht“ im Juli 2017 Jugendrichterinnen und -richtern sowie Jugendstaatsanwältinnen und –staatsanwälten vor. Der soziale Trainingskurs wurde sodann nach Ausarbeitung des Konzepts am 20. März 2018 im Haus des Jugendrechts Frankfurt am Main-Höchst zahlreichen Vertretenden der Jugendgerichtshilfe Frankfurt am Main, des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main und der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main bzw. der Staatsanwaltschaft Darmstadt vorgestellt und erläutert. Ein erster Trainingskurs wurde zwischenzeitlich abgeschlossen und soll in der Arbeitsgruppe ausgewertet werden.

Daneben hat sich die Arbeitsgruppe möglichen Konsequenzen der bis Juni 2019 in nationales Recht umzusetzenden sog. **„Kinderrechtsrichtlinie“** gewidmet. Diese wird mit Blick auf erforderliche Änderungen des Jugendgerichtsgesetzes, insbesondere im Bereich der Vorschriften zum Auskunftsrecht, zur notwendigen Verteidigung, zur individuellen Begutachtung durch die Jugendgerichtshilfe und zur audiovisuellen Aufzeichnung von Vernehmungen weitreichende Folgen für das Jugendstrafverfahren haben. In der Diskussion der Arbeitsgruppe wurde das Problem möglicher Friktionen mit dem Erzie-

hungsgedanken des deutschen Jugendstrafrechts angesprochen. Die Arbeitsgruppe will sich weiter über den Stand des Gesetzgebungsverfahrens informieren.

Schließlich hat sich die Arbeitsgruppe mit dem Phänomen der zunehmenden Delinquenz im Internet, insbesondere unter dem Blickwinkel (strafrechtlich) relevanter Ehrverletzungen und „Grenzüberschreitungen“, befasst. Insoweit wurde der durch Mitarbeiter des Vereins für Kinder- und Jugendhilfe Frankfurt am Main e.V. unter Mitwirkung der Justiz entwickelte **soziale Trainingskurs „Schule des Respekts“** vorgestellt, der sich als Diversionsauflage im Jugendstrafverfahren insbesondere an Jugendliche und Heranwachsende richtet, die durch Gewalt- und Ehrverletzungsdelikte oder Straftaten gegen die persönliche Freiheit im Zusammenhang mit einem fragwürdigen Ehrbegriff aufgefallen sind. Durch die inhaltliche Ausgestaltung soll einem vielerorts anzutreffenden bemerkenswerten Widerspruch im Selbstverständnis Jugendlicher und Heranwachsender Rechnung getragen werden, da Jugendliche und Heranwachsende die Begriffe „Ehre“ und „Respekt“ auf der einen Seite mit erstrebenswerten Charakterzügen in Verbindung bringen, zugleich jedoch eine zunehmende Bereitschaft besteht, im Rahmen der Begehung von Beleidigungsdelikten oder Straftaten gegen die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit berechnete fremde Achtungsansprüche durch ehrverletzendes oder diskriminierendes Verhalten zu verneinen. Dieser Haltung will das Programm eine Konfrontation mit dem eigenen Rollenverständnis entgegensetzen und die Reflektion des eigenen Verhaltens in diesem Kontext ermöglichen. Dabei sollen die Teilnehmenden keinesfalls die Rolle „passiver Konsumenten“ entsprechender Erläuterungen einnehmen, sondern zu einer aktiven Auseinandersetzung mit den eigenen Verhaltensmustern veranlasst werden.

Die Arbeitsgruppe hat sich schließlich mit der Frage beschäftigt, ob es sich bei dem (vorbezeichneten) Phänomen zunehmender Delinquenz Jugendlicher/Heranwachsender im Internet um ein spezifisches Problem der Nutzung des Mediums Internet handelt, so dass gegebenenfalls spezielle jugendstrafrechtliche/-pädagogische Maßnahme zu erwägen wären, oder, ob dieses Phänomen nicht lediglich als Ausdruck allgemeiner („Enthemmungs-„)Tendenzen zu begreifen ist. Auch nach Einholung jugend-/medienpädagogischer Expertise konnte die Arbeitsgruppe sich keine Überzeugung dahingehend bilden, dass es sich bei diesem Kriminalitätsphänomen um ein spezifisches Problem der Tatbegehung mittels Internet handelt, das insoweit spezifische jugendstrafrechtliche Maßnahmen (der Diversion) erfordert.

Für die weitere Tätigkeit der Arbeitsgruppe ist angedacht, einen Vertreter von VPN (Violence Prevention Network) einzuladen, um näheres über den aktuellen Stand der Tätigkeit des Vereins und etwaige Maßnahmen im Bereich des Justizvollzugs, der Bewährungshilfe und des Jugendstrafverfahrens zu erfahren.

F.
ARBEITSGRUPPE V
„LADENDIEBSTAHL“

Die Tätigkeit der Arbeitsgruppe **ruht** im Hinblick auf das neue Aufgabenfeld „Gewalt im öffentlichen Raum bei Schülerinnen und Schülern“ (siehe hierzu Seite 57).

G.
ARBEITSGRUPPE VI
„PRAXISORIENTIERTE ERFOLGSKONTROLLE“

Die Arbeitsgruppe hat einen Leitfaden zur Selbstevaluation von Präventionsgremien entwickelt und vorgestellt ([www.landespraeventionsrat.hessen.de](http://www.landespraeventionsrat.hessen.de/Publikationen)/Publikationen). Da die Adressaten kein Interesse an einer Selbstevaluation hatten, konnte keine praktische Erprobung stattfinden. **Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit daher beendet.**

H.
ARBEITSGRUPPE VII
„BEKÄMPFUNG ILLEGALER GRAFFITI“

Nach erfolgreichem Abschluss der gestellten Aufgaben **ruht** die Tätigkeit der Arbeitsgruppe. Die Arbeitsmappe, aus der sich die erarbeiteten Lösungen ergeben, kann im Internet heruntergeladen werden ([www.landespraeventionsrat.hessen.de](http://www.landespraeventionsrat.hessen.de/Publikationen)/Publikationen).

I.
ARBEITSGRUPPE VIII
„GEWALT IM ÖFFENTLICHEN RAUM
BEI SCHÜLERINNEN UND SCHÜLERN“

Liste der Mitglieder

Vorsitzender: Dr. Stephan **Jeck**,
Hessisches Kultusministerium
Geschäftsführer: Markus **Wörsdörfer**,
Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Denny , Marion	Staatsanwaltschaft Frankfurt
Egert , Klaus	Staatliches Schulamt in Heppenheim
Eunicke-Morell , Dr. Carola	Staatliches Schulamt in Wiesbaden
Johne , Rainer	Jugend- und Sozialamt Frankfurt
Kisfeld , Frank	Polizeipräsidium Frankfurt
Khosla-Baryalei , Angela	Hessisches Kultusministerium - Projekt „Gewaltprävention und Demokratielernen (GuD)“

Die Arbeitsgruppe tagte am 7. Februar 2017, 23. Februar 2017, 28. März 2017, 9. Mai 2017, 30. Juni 2017, 4. Oktober 2017, 7. November 2017 (Preisverleihung Wettbewerb), 31. Januar 2018, 23. März 2018, 21. August 2018, 14. November 2018 und 11. Dezember 2018.

Die Arbeitsgruppe hat im Jahr 2017 einen **Schülervideowettbewerb** mit dem Titel: **„Welcher Film läuft bei Dir ab, wenn Du an Respekt denkst?“** in einer Kooperation zwischen der Hessischen Staatskanzlei, dem Kultusministerium, dem Justizministerium und dem HR Fernsehen durchgeführt. Dazu wurden Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7 dazu angeregt, sich medienpädagogisch mit dem Thema auseinanderzusetzen und eigene Videos zum Thema zu erstellen. Das Projekt war Teil der durch die Hessische Landesregierung im Jahr 2017 ins Leben gerufenen Respekt-Kampagne. Aus 42 aus ganz Hessen eingereichten Videobeiträgen hat die Jury die besten 15 Filme ermittelt. Die Preisverleihung mit einem bunten Rahmenprogramm fand am 7. November 2017 im Caligari-Kino in Wiesbaden statt und wurde von der HR-Moderatorin Frau Kristin Gesang begleitet. Alle eingeladenen Schülergruppen erhielten für ihre Teilnahme 200,-- Euro für die Klassenkasse. Die ersten drei Preise wurden von der Hessischen Justizministerin Eva Kühne Hörmann, dem Hessischen Kultusminister Prof. Dr. Lorz und der stellvertretenden Sprecherin der Hessischen Landesregierung, Elke Cezanne, überreicht. Die Wettbewerbssieger von der **Carl-Schomburg-Schule aus Kassel** erhielten für ihren Beitrag über das klischeehafte und respektlose „Schubladendenken“ 3.000 Euro Preisgeld. Die Schülerinnen und Schüler der **Mosaikschule, einer Schule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung aus Frankfurt**, berichteten in ihrem Beitrag über ihren oftmals schwierigen Alltag in einer mit Vorurteilen behafteten Gesellschaft. Sie erhielten für ihren zweiten Platz 2.000 Euro. Den Kurzfilm „Respekt bedeutet...“ hat die **Heinrich-Böll-Schule aus Hattersheim** eingereicht und mit ihren Interviews, in denen Bürgerinnen und Bürger zu Wort kamen, den mit 1.000 Euro prämierten dritten Platz belegt. Über die Veranstaltung wurde durch die zahlreich erschienenen Pressevertreterinnen und -vertreter ausführlich in den Medien berichtet.



Gruppenfoto der teilnehmenden Schulen



***1. Preisträger:
Carl-Schomburg-Schule in Kassel belegte den ersten Platz beim Schülervideo-
Wettbewerb.***



2. Preisträger : Mosaikschule in Frankfurt



3. Preisträger: Heinrich-Böll-Schule in Hattersheim

Nach Abschluss und Auswertung des Schülervideowettbewerbs widmete sich die Arbeitsgruppe VIII im Jahr 2018 in einem fachlichen Austausch der Analyse aktueller Ereignisse von respektlosem und provokativem Verhalten bei Schülerinnen und Schülern insbesondere im öffentlichen Raum. In einem ersten Schritt wurde anhand aktueller Zahlen und Medienberichte geprüft, ob eine Zunahme von Gewalt- und Rohheitsdelikten feststellbar ist. Weiterhin wurde unter dem Gesichtspunkt von „best practice“ ein Überblick über die bereits existierenden Gewaltpräventionsprojekte gewonnen. Vor dem Hintergrund der Expertisen wird die Arbeitsgruppe Ideen für ein Projekt entwickeln, um im Sinne der Prävention noch stärker der Verrohung und den verschiedenen Formen von Hass und (medialer) Gewalt im Alltag entgegenzutreten. Ein derartiges Projekt ist für das Jahr 2019 geplant.

J.
ARBEITSGRUPPE IX
„KINDERSCHUTZ“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende: Ruth **Schröder**,
Hessisches Ministerium der Justiz (bis 31. August 2018)

Geschäftsführerin: Katrin **Thaler**,
Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Berger , Dr. med. Thomas	Kinderarzt, Frankfurt am Main
Fettig , Inge	Staatliches Schulamt
Godulla , Jürgen	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (ab 23. Januar 2018, zuvor zeitweise vertreten durch Bopp, Brigitta)
Heilmann , Prof. Dr. Stefan	Oberlandesgericht und Fachhochschule Frankfurt am Main
Hochstätter , Ulrica	Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main
Malburg , Elke	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Röder , Peter	Diakonie Hessen
Salgo , Prof. Dr. Ludwig	Universität Frankfurt am Main
Strassburg , Carola	Hessisches Landeskriminalamt (bis 31.12.2017)
Warnat , Claudia	Kreisausschuss des Landkreises Gießen
Zitelmann , Prof. Dr. Maud	Fachhochschule Frankfurt am Main

Die Arbeitsgruppe tagte am 22. Februar 2017, 4. April 2017, 6. Juni 2017, 17. Oktober 2017, 23. Januar 2018, 5. Juni 2018, 14. August 2018, 2. November 2018.

Dankenswerterweise stellt die Amtsanwaltschaft Frankfurt am Main die Räumlichkeit für die Sitzung der Arbeitsgruppe zur Verfügung.

Die erschreckenden Geschehnisse im Zusammenhang mit dem **schweren sexuellen Missbrauchs eines Kindes** durch die Mutter und deren einschlägig verurteilten Lebensgefährten in **Freiburg**, in dem die Familienrichter in erster und zweiter Instanz gegen eine Inobhutnahme des Kindes entschieden hatten, weil sie unzutreffend davon ausgingen, dass das Kind ausreichend durch die Mutter geschützt werde, haben die Arbeitsgruppe seit Anfang 2018 stark beschäftigt. Die Befassung dauert an. Die Gerichte hatten Verfahrensvorgaben verletzt, indem sie keinen Verfahrensbeistand bestellt und das Kind nicht angehört hatten.

Vor diesem Hintergrund hat die Arbeitsgruppe verschiedene Themenkomplexe diskutiert, nämlich Kooperations- und Zuständigkeitsproblematiken, Fragen der Richterqualifikation sowie die Stärkung der Kinder- im Verhältnis zu den Elternrechten.

Gerade im Zusammenhang mit dem letzten Punkt begrüßt es die Arbeitsgruppe sehr und sieht sich in ihrer Arbeit bestätigt, dass die Enquetekommission „Verfassungskonvent zur Änderung der Verfassung des Landes Hessen“ die im Juli 2016 übersandten Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Aufnahme

von **Kinderrechten in die Hessische Landesverfassung** aufgegriffen hat. Am 28. Oktober 2018 haben die Wahlberechtigten mit einer großen Mehrheit von 89,1 % die Ergänzung des Artikels 4 der Verfassung zur Stärkung der Kinderrechte angenommen.

Am 14. August 2018 fand ein **Austausch mit der Beauftragten der Hessischen Landesregierung für Kinder- und Jugendrechte**, Frau Prof. Gerarts, statt. Es wurde vereinbart, diesen fortzusetzen. Die Arbeitsgruppe hat gegenüber der Beauftragten deutlich gemacht, dass aus ihrer Sicht die Themen Implementierung der Kinderrechte und des Kinderschutzes in Curriculae der Aus- und Fortbildung, Kollision der Zuständigkeit von Heimaufsicht und kommunalen Betreibern sowie die Erstellung von Präventionskonzepten von Einrichtungen und Heimen durch die hessische Landesregierung verstärkt angegangen werden müssen.

Im Berichtszeitraum beschäftigte sich die Arbeitsgruppe darüber hinaus mit dem Thema **Kinder mit Eltern im Strafvollzug**.

Zu diesem Zweck hat sie zunächst die Justizvollzugsanstalt Frankfurt III am 22. Februar 2017 besucht, welche über eine Abteilung Mutter-Kind-Heim verfügt, und sich über die dortige Unterbringung von Kleinkindern im Heim, für das eine professionelle Konzeption vorliegt, sowie die Rahmenbedingungen von Besuchen der inhaftierten Mütter durch deren außerhalb lebende Kinder informiert. In der Sitzung vom 5. Juni 2018 erfolgte ein vertiefter fachlicher Diskurs mit der zuständigen Referatsleiterin der Vollzugsabteilung im Hessischen Ministerium der Justiz.

Auch fand ein Austausch mit der Zentralstelle für Internetkriminalität der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main statt, die ihre Ermittlungstätigkeit im Rahmen der **Strafverfolgung von Sexualdelikten zu Lasten von Kindern und Jugendlichen** anschaulich vorstellte.

Eine enge **Zusammenarbeit** wird weiterhin mit der **Arbeitsgruppe II** praktiziert. Die von einer gemeinsamen Unterarbeitsgruppe vorgelegten Empfehlungen zur **Verbesserung des Schutzes mitbetroffener Kinder in akuten Krisensituationen bei häuslicher Gewalt** wurden finalisiert und verabschiedet.

Schließlich hat sich die Arbeitsgruppe mit der Situation der **unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge** und mit der **Gewaltprävention in Erstaufnahmeeinrichtungen in Hessen** befasst.

Die Arbeitsgruppe begrüßt es, dass die **Ombudstelle für Kinder- und Jugendrechte in Hessen** am 1. August 2017 als Verein selbständig geworden ist mit einer Eigenfinanzierung durch die Aktion Mensch und Mitgliedsbeiträgen der teilnehmenden Jugendhilfeeinrichtungen. Die Ombudsstelle ist als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt.

In Erfüllung des **Aktionsplans des Landes Hessen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller Gewalt in Institutionen**, der maßgeblich durch die Empfehlungen der Arbeitsgruppe initiiert und geprägt wurde, fand am 15. August 2018 ein Fachkongress in Kassel zum Stand der Umsetzung statt.

Ausblick:

In der letzten Sitzung im Berichtszeitraum wurde beschlossen, dass sich die Arbeitsgruppe in ihren nächsten Sitzungen schwerpunktmäßig die Themen Prävention von Schulabsentismus sowie Aufnahme von Kinderschutz in die Aus- und Fortbildung vornehmen wird.

K.
ARBEITSGRUPPE X
„SPORT UND PRÄVENTION“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende:	Ulrike Ristau , Rechtsanwältin
Geschäftsführer/in:	Wolfram Simon (bis März 2017) und Dorothea Blunck Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Bartsch , Andreas	Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Behrendt , Maxi	Landessportbund Hessen
Cerny , Horst	Weißer Ring
Dirbach , Dirk	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (seit April 2018)
Freitag , Meike	Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Ide , Timo	Staatsanwaltschaft Marburg (seit Oktober 2017)
Dr. Pöttgen , Nicole	Stadt Marburg
Tolksdorf , Klaus Jürgen	Landessportbund Hessen
Wießner , Uwe	Justizvollzugsanstalt Rockenberg (bis Juli 2017)
Weyel , Volker	Stadt Darmstadt, Kommunalen Präventionsrat

Die Arbeitsgruppe tagte am 2. März 2017, 27. Juni 2017, 21. November 2017, 19. Juni 2018 und 16. Oktober 2018.

Die Arbeitsgruppe „Sport und Prävention“ besteht aus einem Kreis von Expertinnen und Experten aus Kommunal- und Landesverwaltung, Wirtschaft sowie Beratungs- und Betreuungsinstitutionen für Opfer und Täter und dem Landessportbund Hessen.

Die Mitglieder haben sich darauf verständigt, auf den bisher erzielten Ergebnissen der Arbeitsgruppe aufzubauen und den Schwerpunkt der Arbeit vom Spitzensport stärker auf den Bereich des Breiten-sports zu verlegen.

Im Berichtszeitraum stand zunächst im Fokus, welche kriminalpräventiv wirkenden Sportprojekte sich für eine hessenweite Verbreitung eigneten. Einigkeit bestand darin, dass es niedrigschwellige Angebote sein müssten, um sie auch in kleinen Gemeinden ohne große Schwierigkeiten etablieren zu können. Die Arbeitsgruppe lud hierfür Vertreter zweier Projekte (Freestyle Kassel e.V. und Mitternachtsport Langenselbold) in die Arbeitsgruppensitzung ein, um sich über deren Erfahrungen zu informieren. Im Ergebnis war man sich einig, dass sich flächendeckend wegen seiner Niedrigschwelligkeit ein Projekt wie der Mitternachtssport - gerade für kleinere Kommunen - am ehesten umsetzen lasse. Die Arbeitsgruppe verständigte sich anschließend darauf, sich zunächst einen Überblick verschaffen zu wollen, welche Präventionsprojekte im Zusammenhang mit Sport in Hessen bereits existierten. Ziel des Ganzen sollte die Schaffung eines Präventionsatlas „Sport und Prävention“ sein, den der Landespräventionsrat auf seiner Homepage als Serviceleistung für die Kommunen veröffentlicht, um Kommunen, die entsprechende Projekte gründen wollen, die Möglichkeit zu geben, Ansprechpartnerinnen und -partner - möglichst in ihrer Nähe - zu finden. Wegen der geringen Anzahl von Rückmeldungen wurde das Vorhaben zunächst zurückgestellt.

Es war innerhalb der Arbeitsgruppe allgemeiner Konsens, dass nach wie vor beim Thema „Kindeswohlgefährdung in Sportvereinen“ viel Aufklärungsarbeit notwendig ist. Es müsse allgemein eine Kultur der Aufmerksamkeit geschaffen und das Gespräch mit den Trainerinnen und Trainern sowie Vorständen gesucht werden, um diese für dieses Thema zu sensibilisieren (Stichwort Präventionskonzept). Einigkeit bestand dahingehend, dass das erweiterte Führungszeugnis dabei nur ein Baustein eines Präventionskonzeptes sein könne. Es wurde erörtert, welche Konzepte man zur Prävention sexueller Gewalt in Vereinen entwickeln und umsetzen bzw. wie man die Vereine hierbei unterstützen könne, um beispielsweise „Wanderbewegungen“ von Verein zu Verein von Übungsleitern, die auffällig geworden sind, begegnen zu können. In diesem Zusammenhang wurde die Frage aufgeworfen, wie man sicherstellen könne, dass Vereine Kenntnis davon erhielten, wenn Übungsleiter wegen Sexualstraftaten verurteilt würden.

Ergänzend wurde die Ausbildung der Übungsleiterinnen und Übungsleiter nochmal in den Blick genommen und in Erwägung gezogen, das Thema Gewaltprävention als ein Modul mit in die Ausbildung aufzunehmen.

Die Arbeitsgruppe hat zu diesen Themen (Kindeswohl im Sport und Gewaltprävention als Modul der Übungsleiter- und Übungsleiterinnenausbildung) externe Fachleute vom Landessportbund Hessen und der Deutschen Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund in ihre Beratungen mit einbezogen und will auch in Zukunft auf Expertenrat zurückgreifen.

L.
ARBEITSGRUPPE XI
„SUCHTPRÄVENTION“

Liste der Mitglieder

Vorsitzende: Prof. Dr. Arthur **Kreuzer**, Em. Universität Gießen
Dr. Leo **Teuter**, Rechtsanwalt
Geschäftsführer: Dr. Philipp **Georgy**, Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Bohrer , Hartmut	Hessisches Kultusministerium
Dickel , Frank	Hessisches Landeskriminalamt
Fabricius , Jochen	Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main
Messer , Joachim	Jugendberatung und Jugendhilfe e.V.
Paul , Dietmar	Bürgerhospital Frankfurt am Main
Schmidt -Rosengarten	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Schmitt , Susanne	Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V.
Stöver , Prof. Dr. Heino	Fachhochschule Frankfurt am Main
Zosel , Thomas	Polizeipräsidium Frankfurt am Main

Die Arbeitsgruppe tagte am 16. Januar 2017, 12. Juni 2017, 13. November 2017, 5. März 2018 und 10. September 2018

Die Arbeitsgruppe XI befasste sich in diesem Zeitraum mehrfach mit dem Vorhaben der Landesregierung, ein Modellprojekt zum Thema „Drug-Checking“ einzurichten. Dieses Vorhaben wird einmütig begrüßt. Kontrovers diskutiert wurde die Frage, ob die Einführung eines Pilotprojekts in Hessen auf der Grundlage des geltenden (Betäubungsmittelstraft-)Rechts (gegebenenfalls mittels einer Genehmigung durch das BfArM gemäß § 3 Abs. 2 BtMG) zulässig ist oder eine (bundes-)gesetzliche Klarstellung im BtMG voraussetzt. Der insoweit bestehende Dissens konnte nicht aufgelöst werden, die Mitglieder der Arbeitsgruppe waren sich jedoch – insbesondere mit Blick auf die Erfahrungen im europäischen Ausland – einig, dass das Projekt unter entsprechenden Rahmenbedingungen eine sinnvolle Maßnahme der Prävention und des Gesundheitsschutzes darstellt. Diese Einschätzung der Arbeitsgruppe wurde Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann mit Schreiben vom 21. November 2017 übermittelt und am 13. Dezember 2017 beantwortet. Weil die notwendigen Voraussetzungen für die Einführung des Projekts im Berichtszeitraum nicht geschaffen werden konnten, hat die Arbeitsgruppe unter dem 28. September 2018 erneut ein Schreiben an Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann gerichtet, in dem der Hoffnung Ausdruck verliehen wurde, dass das Projekt auch in der kommenden Legislaturperiode weiterverfolgt werden wird.

Im Zuge einer Besichtigung und Vorstellung der Substitutionsambulanz in der Grünen Straße 2-4 in Frankfurt am Main durch Herrn Paul am 12. Juni 2017 hat sich die Arbeitsgruppe ein Bild von der Praxis der diamorphingestützten Substitution in Frankfurt am Main gemacht. Als Resümee hielt Herr Paul fest, dass ein Ausbau der diamorphingestützten Substitution und eine großzügigere Zulassung von Ausnahmen aus medizinischer Sicht wünschenswert seien.

Zur Situation Drogenabhängiger im Justizvollzug hat sich die Arbeitsgruppe für eine Bestandsaufnahme

me durch Herrn Prof. Stöver sowie – als „externe Sachverständige“ – durch Frau Dr. Kötter (Justizvollzugsabteilung, Hessisches Ministerium der Justiz) und Herrn Claussen (Jugendberatung und Jugendhilfe e.V.) insbesondere zur Praxis der Substitution im Bundesgebiet und in Hessen berichten lassen. Den hier interessierenden Fragen wurde unter dem Titel „Substitutionsbehandlung Opioidabhängiger in Haft“ (Herr Prof. Stöver), „Die aktuelle Situation drogenabhängiger Gefangener im hessischen Justizvollzug“ (Frau Dr. Kötter) sowie „Belastungsfaktoren und Rehabilitation bei Haftentlassenen“ (Herr Claussen) nachgegangen. In der nachfolgenden Diskussion ging es insbesondere um Probleme der Durchsetzung eines Anspruchs auf Substitution, die Konsequenzen des Äquivalenzprinzips, die notwendige einheitliche Ausgestaltung der Substitutionspraxis, die Freiheit bzw. Bindungen ärztlicher Entscheidungen zur Substitution und die Frage verbindlicher Standards der Behandlung.

In diesem Zusammenhang hat sich die Arbeitsgruppe auch der Situation Drogenabhängiger im Justizvollzug unter dem Blickwinkel der psychosozialen Beratung, der Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen und der Entlassungsvorbereitung gewidmet. Kritisch wurden die Wartezeiten bis zum Erhalt psychosozialer Beratung im Justizvollzug gesehen (nach Auskunft von Herrn Claussen mitunter sechs Monate). Auch die Praxis der Regelung des Hessischen Strafvollzugsgesetzes (hier § 13 Abs. 5 HSt-VollzG) zur Gewährung vollzugsöffnender Maßnahmen für Drogenabhängige im Justizvollzug wurde mit dem Argument beanstandet, dass sie den Personenkreis der Drogenabhängigen – im Hinblick auf die Gefahren des Missbrauchs – de facto von vollzugsöffnenden Maßnahmen ausschließe und damit gerade dort eine angemessene Entlassungsvorbereitung verhindere, wo diese in besonderer Weise notwendig sei, um Rückfällen und erhöhtem Mortalitätsrisiko vorzubeugen. Derzeit wird dazu eine Stellungnahme der Arbeitsgruppe vorbereitet.

M.
ARBEITSGRUPPE XII
„EHERGEWALT – PRÄVENTION VON GEWALT IN PATRIARCHALISCHEN STRUKTUREN“

Vorsitzende: Petra **Bertelsmeier**,
Ltd. Oberstaatsanwältin a.D.
Prof. Dr. Susanne **Schröter**,
Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam, Goethe-Universität
Frankfurt am Main

Geschäftsführende: Renate **Lackner**,
Schottener Soziale Dienste gGmbH
Markus **Wörsdörfer**,
Hessisches Ministerium der Justiz

Alphabetische Liste der weiteren Mitglieder

Altuntas , Nurgül	Hessisches Kultusministerium
Blunck , Dorothea	Hessisches Ministerium der Justiz
Cin , Zafer	HeRoes-Projekt, DRK Offenbach
Dimter , Lena	ZORA Wiesbaden
Dede , Döndü	Hessisches Landeskriminalamt
Gage-Lindner , Nancy	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Kompa , Lena	FeM – Feministische Mädchenarbeit e.V.
Melcher , Marc	Paritätisches Bildungswerk, Fachstelle für Jungenarbeit in Hessen Bundesverband e.V.
Mölleney , Stefan	Magistrat der Stadt Fulda, Amt für Jugend, Familie und Senioren
Sabandar , Jetty	Stellvertr. Vorsitzende der agah (Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte) Hessen
Schmidt , Konstanze	Netzwerk gegen Gewalt, Zentrale Geschäftsstelle, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Stibane , Friedrike	Beauftragte für Frauen und Gleichberechtigung der Stadt Gießen

Die Arbeitsgruppe tagte am 9. April 2018, 21. Juni 2018 und 27. September 2018.

In der Sitzung der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention am 16. Januar 2018 wurde die Gründung einer neuen Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit der Prävention von „Ehrgewalt“ befassen soll. Frau Leitende Oberstaatsanwältin a.D. Petra Bertelsmeier und Frau Prof. Dr. Susanne Schröter vom Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam haben sich dazu bereit erklärt, den Vorsitz der Arbeitsgruppe zu übernehmen. Beide wurden durch Frau Staatsministerin Kühne-Hörmann als Vorsitzende der Arbeitsgruppe XII der Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat) berufen. Die Aufgaben der Geschäftsführung der Arbeitsgruppe XII werden durch Frau Renate Lackner und Herrn Markus Wörsdörfer übernommen.

Verbrechen im Namen der Ehre sind schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. Weltweit und auch in Deutschland wird Frauen mit Verweis auf ihre Ehre ein selbstbestimmtes, freies Leben verweigert. Nach traditionellen Vorstellungen hängt die Familienehre vom Verhalten der (meist) weiblichen Familienangehörigen ab. Verhalten sich diese nicht entsprechend dem Frauenbild, verletzen sie die „Ehre“ der Familie und sind von Gewalt bedroht. Auch männliche Jugendliche können Opfer von Ehrgewalt oder eines Ehrenmordes sein. Auch sie werden nicht selten von den Eltern unterdrückt und mit

Gewalt in die Rolle des „Aufpassers“ und „Hüters“ der Familienehre gedrängt. Sie stehen unter einem erheblichen Druck, auf ihre Schwestern aufzupassen und die Familienehre notfalls mit Gewalt zu verteidigen. Zur Gewalt zählt auch Zwangsheirat. Der extremste Fall von Gewalt im Namen der Ehre sind sogenannte „Ehrenmorde“. Betroffenen Mädchen, Frauen und (jungen) Männern zu helfen, erfordert qualifizierte Beratung und Unterstützung. Dazu müssen Fachkräfte wie Lehrkräfte, Sozialarbeiter aus öffentlichen Behörden und die Polizei weitergebildet werden, auch um präventiv gegen diese Gewalt vorzugehen.

In der konstituierenden Sitzung, die am 9. April 2018 im Hessischen Ministerium der Justiz stattfand, wurde nach einer ausführlichen fachspezifischen Diskussion der Arbeitstitel der Arbeitsgruppe XII beschlossen. Die Arbeitsgruppe XII firmiert zukünftig unter dem Titel **„Ehrgewalt – Prävention von Gewalt in patriarchalischen Strukturen“** und soll viermal im Jahr tagen.

Die Arbeitsgruppenmitglieder informierten sich zunächst über die in Hessen gemachten Erfahrungen hinsichtlich der Versorgungssituation und der Bedarfslagen bei Gewalt im Namen der Ehre, Zwangsheirat, Kinderehen und Mehrehen. Dazu wurden durch Frau Lackner die Ergebnisse einer Bedarfserhebung vorgestellt, die der Landesweite Runde Tisch gegen Gewalt im Namen der Ehre durchgeführt hat. Als ein bemerkenswertes Präventionsprojekt wurde - unter dem Gesichtspunkt „best practice“ - das Gewaltpräventionsprojekt „Heroes – gegen Unterdrückung im Namen der Ehre! Für Gleichberechtigung“ durch Herrn Cin dargestellt. Ziel des Projekts ist es, Formen psychischer und körperlicher Gewalt sowie die Unterdrückung von Mädchen und jungen Frauen im Namen der Ehre abzubauen und sich für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in „Ehrenkulturen“ einzusetzen.

In den kommenden Sitzungen 2019 sollen weitere Informationen zum Thema Ehrgewalt in patriarchalischen Strukturen gesammelt und analysiert werden. Vor dem Hintergrund der Expertisen sollen durch die AG XII Konzepte und Projekte erarbeitet werden, um die Präventions- und Interventionsmöglichkeiten zu verbessern.